

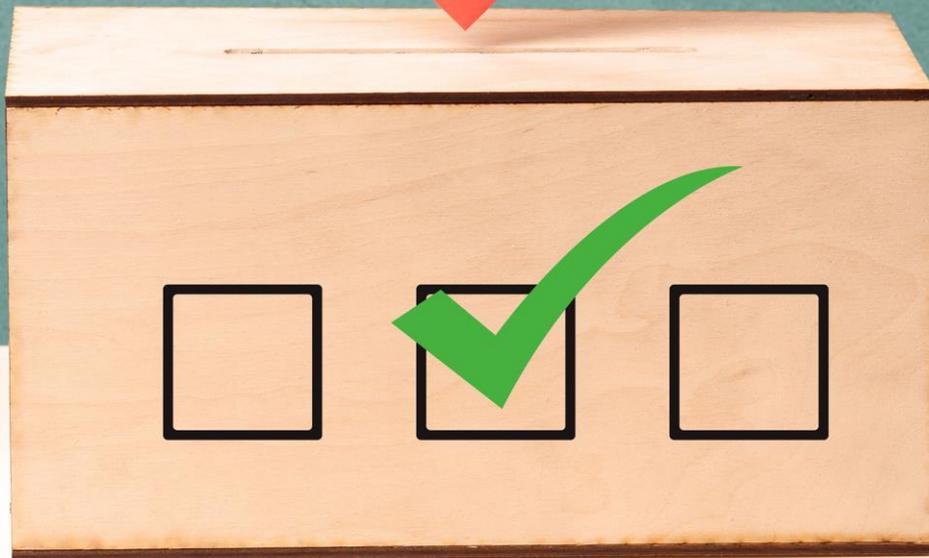
Wählen ab 16 Wie wird es ein Erfolg?

Hintergrundrecherche zu nationaler &
internationaler Forschung und Praxis

VOTE!

VOTE!

VOTE!



Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
2023

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Sigrid Meinhold-Henschel
Senior Project Managerin
Telefon +49 5241 81-81252

s.meinhold-henschel@bertelsmann-stiftung.de
bertelsmann-stiftung.de

Zitationshinweis:

Eichhorn, Jan, und Hübner, Christine (2023). Wählen ab 16. Wie wird es ein Erfolg? Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

© ra2 studio - stock.adobe.com

DOI 10.11586/2023074

Wählen ab 16: Wie wird es ein Erfolg?

Hintergrundrecherche zu nationaler & internationaler
Forschung und Praxis

Dr. Jan Eichhorn

Dr. Christine Hübner

Inhalt

Wählen ab 16: Wie wird es ein Erfolg?	3
Inhalt	2
1 Einleitung	4
2 Aktueller Forschungsstand	6
2.1 Datenlage zum Wählen ab 16.....	7
2.2 Empirische Befunde zu den Auswirkungen des Wählens mit 16	9
2.3 Vom „Ob“ zum „Wie“ – Forschungsstand zu Erfolgsfaktoren	11
3 Kampagnenarbeit und Agenda-Setting zum Wählen ab 16	13
3.1 Anpassung an Top-down- oder Bottom-up-Prozesse	14
3.2 Sichtbarkeit junger Menschen als Kernbaustein von Kampagnen	15
3.3 Aufbau von Netzwerken mit ausreichend Zeit.....	17
3.4 Themenverknüpfungen etablieren.....	18
3.5 Mit Parteien und über Parteigrenzen hinweg arbeiten.....	19
3.6 Empirische Forschungsergebnisse nutzbar machen.....	21
3.7 Materialien für lokale Initiativen zentral bereitstellen	23
3.8 Medienaufmerksamkeit erzeugen.....	24
4 Erfolgreiche Begleitung und Implementierung des Wählens ab 16	25
4.1 Formelle Bildung (vor allem in Schulen) ausbauen.....	26
4.2 Informelle Bildung (außerhalb von Schulen) erweitern.....	32
4.3 Selbstwirksamkeit stärken	35
4.4 Mit Parteien und über Parteigrenzen hinweg arbeiten.....	37
4.5 Mit Durchführungsorganen zusammenarbeiten und Änderung „zelebrieren“	39

4.6	Mit etablierten und sozialen Medien arbeiten.....	42
4.7	Generationengerechtigkeit und retroaktive Sozialisation.....	45
5	Fehlende Erkenntnisse und nötige Forschung.....	46
5.1	Wissenslücken.....	47
5.2	Forschungsansätze.....	49
6	Linksammlung.....	51
7	Literatur.....	54
8	Über die Autor:innen.....	59

1 Einleitung

In immer mehr Ländern gibt es Debatten und Experimente zu Wahlrechtsreformen, die Jugendlichen bereits ab einem Alter von 16 Jahren die Teilnahme an Wahlen ermöglichen. Ziel ist es dabei meist, einer sinkenden Wahlbeteiligung in der Bevölkerung entgegenzuwirken und mehr junge Menschen zu motivieren, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Letzteres ist vor allem auch deshalb wichtig, weil der Einfluss junger Wähler:innen auf die Demokratie im Zuge des demographischen Wandels zahlenmäßig immer weiter ab- und die soziale Spaltung bei den jüngeren Wähler:innen mit sinkender Beteiligung stärker zunimmt (Vehrkamp et al. 2015).

Auch in Deutschland gibt es verschiedene Ansätze zum Wählen ab 16, und zwar seit der Einführung des Kommunalwahlrechts für Jugendliche in Niedersachsen im Jahr 1996. Während Jugendliche ab 16 Jahren heute in sechs Bundesländern an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, räumt ein Großteil der Bundesländer 16- und 17-Jährigen lediglich das aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene ein. In Bayern, Hessen, Sachsen, Rheinland-Pfalz, im Saarland sowie auf Bundesebene haben Jugendliche bis zum Erreichen des 18. Lebensjahrs dagegen kein Wahlrecht. Das wollen jedoch mit Ausnahme von CDU/CSU und AfD alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien ändern.

Dass das Wählen ab 16 allerdings kein Selbstläufer ist, zeigen Erfahrungen aus Österreich, Schottland, Wales, Norwegen, Estland und Belgien. Obwohl die empirische Forschung aus diesen Ländern keine negativen Auswirkungen aufzeigt, wird auch klar, dass die Änderung des Wahlrechts allein noch nicht zu einer höheren Beteiligung junger Menschen am politischen Diskurs führt. Hier ist eine Fokussierung auf die Frage des *Wie* notwendig: Wie kann eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre gut umgesetzt und zum Erfolg werden?

Dieser Frage widmet sich dieser Bericht mit einer Recherche zum Forschungsstand und zu Erfahrungen aus der Wissenschaft und Praxis von Ländern mit Wahlalter 16. Das Ziel dieser internationalen Recherche ist es, Resultate zum Wählen ab 16 zu analysieren und dabei Wirkungen auf der Individualebene wie auch auf der Ebene der Gesellschaft und des Politiksystems in den Blick zu nehmen. Im Vordergrund steht das Erkenntnisinteresse, herauszufinden, wie durch eine Senkung des Wahlalters und eine Begleitung von Erstwähler:innen gesellschaftlicher Nutzen entstehen kann, besonders in Bezug auf Probleme bei der politischen Repräsentation junger Menschen sowie bei Problemen der sozialen Spaltung. Dazu geht der Bericht sowohl auf die Frage ein, wie das Thema Wählen ab 16 erfolgreich auf die politische Agenda gesetzt werden kann, als auch darauf, welche guten (und schlechten) praktischen Ansätze es zur Einführung des Wählens ab 16 und zur Mobilisierung junger Wähler:innen gibt. Gesucht wird vor allem nach Beispielen guter Praxis, die für Prozesse in Deutschland adaptiert bzw. skaliert werden können.

Neben der Literaturrecherche stellen Interviews mit Expert:innen eine zentrale Grundlage dieses Berichts dar. Die Autor:innen haben mit dreizehn Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen gesprochen, die Erkenntnisse zu verschiedenen Ländern aus Forschungs- oder Praxisperspektiven haben. Die Interviews waren unter Verwendung eines Leitfadens semi-strukturiert. Im Fokus der Gespräche stand, das Wissen über die Prozesse in den einzelnen Ländern während der Kampagnen- oder Implementierungsphase und insbesondere die Diskussion konkreter Maßnahmen und Praxisbeispiele zu vertiefen. Die Teilnehmenden haben zugestimmt, namentlich genannt zu werden.

Tabelle 1. Übersicht der beitragenden Expert:innen

Fokus	Expert:in	Affiliation
USA	Josh Douglas	University of Kentucky
USA	Brandon Klugman	Vote16USA, Generation Citizen
Neuseeland	Ralph Hall	„Make it 16“-Kampagne
Südamerika	Constanza Sanhueza Petrarca	Wissenschaftszentrum Berlin
Großbritannien	Thomas Loughran	University of Liverpool
Schottland	Gareth Brown	Scottish Youth Parliament (ehemals)
Wales	Jessica Blair	Electoral Reform Society Cymru
Norwegen	Guro Ødegard	Norwegian Social Research, Oslo Metropolitan University
Estland	Anu Toots	Tallinn University
Österreich	Eva Zeglovits	Institut für empirische Sozialforschung (IFES) Wien
Belgien	Dieter Stiers	Centre for Citizenship & Democracy, KU Leuven
Niederlande	Sarah de Lange & Linet Durmuşoğlu	Universiteit van Amsterdam

2 Aktueller Forschungsstand

Obwohl die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre keine neue Idee ist, wird sie erst seit wenigen Jahren vermehrt empirisch untersucht. In zentral- und südamerikanischen Ländern wie Nicaragua (1984) und Brasilien (1988) wurde das Wahlalter 16 bereits in den 1980er Jahren eingeführt. Dennoch gab es bis in die frühen 2000er Jahre wenig Forschung, die klar beantworten konnte, wie 16- und 17-Jährige sich verhielten, wenn sie wählen dürften. Auch frühere Senkungen des Wahlalters, etwa von 21 auf 18 Jahre, wurden nicht wissenschaftlich aufgearbeitet (Mycock et al. 2022).

Aufgrund fehlender empirischer Studien und einer sehr begrenzten Datenlage basierten Studien zu möglichen Auswirkungen des Wählens mit 16 zunächst auf theoretischen Analysen, in denen aus dem Verhalten von 18- bis 24-Jährigen Rückschlüsse auf das Wahlverhalten jüngerer Jugendlicher abgeleitet wurden. Solche Studien kamen zu pessimistischen Schlussfolgerungen und betonten die traditionell niedrigere Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe (The Electoral Commission 2004). Zudem verweisen Analysen aus dieser Zeit darauf, dass jüngere Wähler:innen ein eher geringeres politisches Wissen haben (Johnson & Marshall 2004) und dass ihre Wahlentscheidungen weniger kohärent sind (Chan & Clayton 2006), was sie möglicherweise stärker beeinflussbar macht.

Zusätzlich zu diesen abgeleiteten Einschätzungen werden häufig normative Debatten angeführt (Hart & Atkins 2011; Tonge & Mycock 2010). Diese hinterfragen, inwiefern die Senkung des Wahlalters mit anderen Rechten und Pflichten vereinbar ist, die jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren übertragen werden (Cowley & Denver 2004). Solche rein normativen Fragen können empirisch nicht beantwortet werden und bleiben somit umstritten – es lassen sich sowohl Argumente für als auch gegen eine Senkung des Wahlalters aus normativen Debatten heraus formulieren.

Unumstritten ist aber, dass an der Grenze zum offiziellen Erwachsenenalter zahlreiche Veränderungsprozesse bezüglich des rechtlichen Status von Menschen stattfinden und diese mit einer möglichen Wahlrechtsreform und dem Selbstverständnis junger Menschen als vollwertige Bürger:innen interagieren (Gifford et al. 2014). Solche Argumente spiegeln tendenziell breitere Debatten über die Organisation demokratischer Prozesse zu einem gegebenen Zeitpunkt wider (Mycock et al. 2020). Es geht also oft nicht nur um das Wahlalter per se, sondern um die Frage, wer an politischen Entscheidungen beteiligt sein sollte. Die Senkung des Wahlalters in einem breiteren Kontext zu verstehen ist daher wichtig und schließt beispielsweise die Frage nach politischer Bildung unmittelbar mit ein (Milner 2020).

Tabelle 2. Länder mit (teilweiser) Wahlrechtsreform und Wahlalter unter 18

Land	Wahlalter	Wahlebene	Seit (Jahr)
Argentinien	16	alle Ebenen	2012
Österreich	16	alle Ebenen	2007
Belgien	16	nur Europawahlen	2020
Brasilien	16	alle Ebenen	1988
Deutschland*	16	nur Landtags-/Kommunalwahlen	1996-2019
Ecuador	16	alle Ebenen	2008
Estland	16	nur Kommunalwahlen	2015
Griechenland	17	alle Ebenen	2016
Israel	16	nur Kommunalwahlen	2013
Malta	16	alle Ebenen	2013/2018
Nicaragua	16	alle Ebenen	1984
Schottland	16	nur schottische Kommunalwahlen	2014/15
Wales	16	nur walisische Kommunalwahlen	2020

* nur passives Wahlrecht und nur in einigen Bundesländern; auf Landesebene nur in Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen

2.1 Datenlage zum Wählen ab 16

Die Argumente für und gegen eine Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre können mittlerweile zumindest in Teilen empirisch untersucht werden. Obwohl viele Studien zunächst negative Effekte einer solchen Reform erwarteten, gab es auch Forschende, die positive Konsequenzen postulierten. Mark Franklin (2004) sah eine Wahlaltersenkung als mögliches Instrument, um die Wahlbeteiligung junger Menschen zu erhöhen und so langfristig eine höhere Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen. Während Franklin dieses Argument zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht datenbasiert untersuchen konnte, sieht die Situation heute anders aus. Vor allem in den vergangenen 15 Jahren haben mehrere

Staaten oder Teilregionen in bestimmten Ländern das Wahlalter gesenkt (siehe Tabelle 2) und diese Reformen mitunter wissenschaftlich begleitet. So sind empirische Aussagen darüber, wie sich 16- und 17-Jährige verhalten, wenn sie wählen dürfen, inzwischen möglich.

Dabei gibt es Unterschiede im Umfang der jeweiligen Reformen und Senkungen des Wahlalters. In einigen Ländern wurde das Alter für alle Wahlen gesenkt (z. B. Österreich, Argentinien, Ecuador, Malta). In anderen Ländern wurde es für alle 16- und 17-Jährigen gesenkt, aber nur für Wahlen unterhalb der Nationalebene, wie Kommunalwahlen (z. B. Estland). Dazu kommen zahlreiche Länder, in denen das Wahlalter nicht einheitlich ist. Im Vereinigten Königreich dürfen beispielsweise junge Wähler:innen in Schottland und Wales bei Kommunalwahlen und Abstimmungen zum schottischen beziehungsweise walisischen Parlament wählen. Gleichaltrige in England und Nordirland können grundsätzlich aber erst ab 18 an Wahlen teilnehmen. Eine ähnliche Situation liegt in Deutschland vor: In einigen Bundesländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein) dürfen 16- und 17-Jährige an Landtagswahlen teilnehmen, während Gleichaltrige in anderen Bundesländern (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) derzeit nur bei Kommunalwahlen und in wieder anderen (Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen) bei allen Wahlen erst ab 18 Jahren wählen dürfen.¹ Darüber hinaus gibt es Länder, in denen das Wahlalter entweder in einigen Kommunen experimentell auf 16 Jahre gesenkt wurde (z. B. in Norwegen und Belgien), und Staaten (z. B. die USA), in denen einzelne Kommunen es auf 16 reduziert haben.

Zwar gibt es keine systematische Studie, die diese Prozesse vergleichend und über verschiedene Länder hinweg evaluiert. Dennoch können aus den Erkenntnissen verschiedener Studien eine Reihe wichtiger Schlussfolgerungen über die Wirkungen vom Wählen ab 16 gezogen werden: hinsichtlich einer Förderung des politischen Interesses, einer nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung sowie der Bereitschaft, gesellschaftliche und politische Verantwortung zu übernehmen (Eichhorn & Bergh 2020, 2021).

¹ In Mecklenburg-Vorpommern ist das Wählen ab 16 Jahren bei Landtagswahlen beschlossen und ab 2026 erstmals möglich. Die Berliner Regierungskoalition aus CDU und SPD will die Senkung des Wahlalters auf 16 auf Landesebene ebenfalls auf den Weg bringen. In Rheinland-Pfalz hat die aktuell regierende Ampel-Koalition zwar die Wahlaltersenkung auf Landesebene auf 16 Jahre vereinbart. Für einen erfolgreichen Beschluss im Landesparlament war sie jedoch auf Zustimmung aus der Opposition angewiesen, weil eine 2/3 Mehrheit nötig gewesen wäre, um die Landesverfassung dementsprechend zu verändern. Die gegenwärtige Opposition hat das Vorhaben jedoch geschlossen abgelehnt, weswegen es zu keiner Anpassung beim Wahlalter kommt.

2.2 Empirische Befunde zu den Auswirkungen des Wählens mit 16

Tatsächlich gibt es Hinweise, dass das Wählen ab 16 positive Effekte auf die Wahlbeteiligung junger Menschen haben kann. Durch die Nutzung neuer Daten konnte Franklin (2020) seine frühere Hypothese untersuchen und zeigen, dass nach der Senkung des Wahlalters in südamerikanischen Ländern sowie in Österreich die Wahlbeteiligung junger Menschen stieg. Während die Ausdifferenzierung der genauen Steigerungsrate innerhalb bestimmter Kohorten mit bestehenden Individualebenenendaten schwierig ist, lässt sich als Aggregatseffekt eine Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung von fünf bis sechs Prozent auf die Wahlaltersenkung zurückführen. Als Grund wird angeführt, dass 16- und 17-Jährige die Erstwählerfahrung tendenziell anders erleben als ältere junge Menschen. Selbst bei über 18-Jährigen wissen wir, dass ein jüngeres Alter bei der ersten Wahl (also 18 oder 19 statt 20 oder 21 Jahre) mit einer erhöhten Durchschnittsbeteiligung einhergeht. Bhatti & Hansen (2012) zeigen beispielsweise, dass bei den dänischen Kommunalwahlen im Jahr 2009 bei den 18- und 19-Jährigen die Wahlbeteiligung mit jedem weiteren Monat im Lebensalter um einen Prozentpunkt abnahm. Ähnliche Ergebnisse ließen sich auch für Wahlen in Finnland oder Texas (Bhatti et al. 2012) demonstrieren.

Im Übergang zum Erwachsenenstatus verändern sich bei vielen Menschen die Einstellungen zur Politik und die Beteiligung daran aufgrund sich stark ändernder Lebensumstände (Hart & Atkins 2011; Prior 2010). Da jüngere Menschen unter 18 Jahren eher in ein Lebensumfeld mit starken Sozialisationseinflüssen, besonders des Elternhauses und der Schule, eingebunden sind, kann eine frühere Erstwählerfahrung stärker gemeinschaftlich wahrgenommen werden (Franklin 2004), wodurch sich positive Auswirkungen durch die Prägung in der Familie oder Schule voll entfalten können. Bhatti und Hansen (2012) zeigen einige dieser Sozialisierungsprozesse empirisch auf.

Dies offenbart die Limitationen und Probleme der oben genannten älteren Studien. Jene haben grundsätzlich die Frage der Kausalität nicht klar genug betrachtet. Statt zu fragen, wie sich junge Menschen aktuell verhalten und diese Muster nach einer Senkung des Wahlalters auswirken würden, sollte die Frage in den Mittelpunkt rücken, inwiefern eine Wahlaltersenkung solche Muster ursächlich verändern könnte. So zeigen Untersuchungen beispielsweise, dass 16- und 17-Jährige, wenn sie wählen dürfen, über mehr politisches Interesse verfügen als etwas ältere junge Menschen. Wagner et al. (2012) legen dar, dass 16- bis 17-Jährige zwar etwas weniger faktisches Wissen haben als 18- bis 21-Jährige, doch dass sie statistisch signifikant mehr politisches *Interesse* äußern (auf dem gleichen Niveau wie 22- bis 25-Jährige). Und weil frühe Wählerfahrungen gewohnheitsbildend sein können (Dinas 2012), kann die Möglichkeit, schon mit 16 Jahren wählen zu dürfen, somit potenziell nachhaltige Veränderungen herbeiführen.

In der Praxis finden wir Belege für positive Effekte des Wählens ab 16 in einigen der inzwischen untersuchten Länder. In Schottland stellte sich beispielsweise bei den 16- und 17-Jährigen ein ähnlich hohes politisches Interesse fest wie beim Rest der Bevölkerung vor der

Abstimmung 2014 (Eichhorn 2018a). Des Weiteren beteiligten sie sich deutlich stärker politisch als die 18- bis 24-Jährigen: Während circa 75 Prozent der jüngsten Neuwähler:innen in einer Nachwahlbefragung angaben, gewählt zu haben, waren es bei den 18- bis 24-Jährigen nur 54 Prozent (Electoral Commission 2014: 64). Darüber hinaus war auch im Folgejahr ihr Beteiligungswille höher als bei Gleichaltrigen in anderen Teilen des Vereinigten Königreichs: 67 Prozent der 16- und 17-Jährigen in Schottland sagten 2015, dass sie mit großer Sicherheit an einer Unterhauswahl teilnehmen würden, wenn sie könnten, während dies im Rest des Landes nur 39 Prozent der Gleichaltrigen von sich sagten (Eichhorn 2018b).

Ein ähnliches Bild ergab sich in der gleichen Befragung bei der politischen Partizipation in nicht repräsentativen Formen (z. B. Teilnahme an Demonstrationen oder Petitionen): Während 57 Prozent der jungen Schott:innen sagten, an mindestens einer solchen Aktivität teilgenommen zu haben, waren es in England, Wales und Nordirland nur 40 Prozent. Auch in Österreich konnte ein positiver Effekt auf das politische Interesse beobachtet werden (Zeglövitš & Zandonella 2013) und die erhöhte Beteiligung scheint zumindest teilweise längerfristig etabliert zu sein. Aichholzer & Kritzinger (2020) führen aus, dass in Österreich die Kohorten, die mit 16 wählen durften, nun als Erwachsene keine geringere Wahlbeteiligung mehr aufweisen als die aktuell 16- und 17-Jährigen. Positive Tendenzen konnten auch in einigen Teilen Deutschlands gezeigt werden, in denen das Wahlalter gesenkt wurde (Faas & Leininger 2020).

Tatsächlich sind viele der pessimistischen Erwartungen in der Praxis nicht eingetreten. Neben der Wahlbeteiligung sind auch der Sorge, jungen Menschen fehle die Fähigkeit, politische Entscheidungen zu treffen, teils positive Erfahrungen entgegengesetzt worden. Viele junge Menschen folgen nicht einfach ihren Eltern in der politischen Entscheidungsfindung. Im Vorfeld des schottischen Unabhängigkeitsreferendums 2014 vertraten beispielsweise über 40 Prozent der unter 18-jährigen Wähler:innen eine andere Einschätzung als ihre Eltern (Eichhorn 2018a). Im gleichen Kontext ließ sich zudem beobachten, dass jüngere Erstwähler:innen durch eine stärkere Auseinandersetzung mit politischen Themen nicht in die eine oder andere Richtung beeinflusst werden: Junge Menschen, die in der Schule die Abstimmung über eine mögliche schottische Unabhängigkeit im Unterricht diskutiert hatten, waren nicht stärker als andere dafür oder dagegen (Eichhorn et al. 2014).

Stattdessen haben wir im schottischen Kontext festgestellt, dass im Folgejahr die traditionell bestehende Ungleichheit bei der politischen Beteiligung nach sozialer Herkunft deutlich geringer ausgeprägt war als im Rest des Vereinigten Königreichs (Huebner & Eichhorn 2020). Diese Erkenntnis ermöglicht nach aktuellem Stand eine erste Antwort auf die Frage, ob sich eine Senkung des Wahlalters auf 16 auch auf die Verteilung in der politischen Beteiligung junger Menschen auswirken könnte. Der Großteil bisheriger Analysen hat sich mit den Durchschnittsniveaus bestimmter Einstellungen oder Beteiligungen beschäftigt. In der Erhebung aus Schottland konnte jedoch ein zusätzlicher Verteilungseffekt beobachtet werden: Während es bei 16- und 17-jährigen Schott:innen 2015 keine Unterschiede in der politischen

Beteiligung nach sozialer Klasse gab, wurden solche Unterschiede bei Gleichaltrigen im Rest des Vereinigten Königreichs und in der Gesamtbevölkerung Schottlands sehr wohl beobachtet. In England, Wales und Nordirland waren die Wahlbeteiligung, die politische Beteiligung außerhalb von Wahlen und das politische Informationsverhalten von jungen Menschen höherer sozialer Schichten jeweils stärker ausgeprägt. In Schottland galt dies für 16- und 17-Jährige nicht – während es für ältere Generationen auch dort zu beobachten war.

Dieses Ergebnis ist eher überraschend, da traditionell die politische Beteiligung junger Menschen, ähnlich wie im Rest der Bevölkerung, stark sozial stratifiziert ist. Im Vereinigten Königreich wurde beispielsweise wiederholt gezeigt, dass die geringere Beteiligung von gesellschaftlich eher benachteiligten jungen Menschen (Hoskins et al. 2012; Hoskins & Janmaat 2016) mit der sozialen Klasse zusammenhängt (Henn et al. 2007). Junge Menschen sind sich dessen auch selbst bewusst und sagen, dass sie sich mehr beteiligen würden, wenn sie nur einen höheren sozialen Status hätten (Levy 2013). Ähnliche Befunde konnten in vielen anderen Ländern ebenfalls konstatiert werden. In Bezug auf Deutschland argumentieren Abendschön und Roßteutscher (2016), dass die soziale Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung – vor allem in Abhängigkeit vom Bildungshintergrund – in den vergangenen Jahrzehnten unter jungen Menschen eher noch zugenommen hat.

Ungleichheiten werden oft familiär weitergegeben und die soziale Spreizung in der Beteiligung an Wahlen gleicht sich der Ungleichheit in der politischen Beteiligung abseits von Wahlen mehr und mehr an. Dazu tragen neben der Generationenübertragung sozialer Klassenmerkmale, wie ökonomischem, kulturellem oder sozialem Kapital (Quintelier 2015; Verba et al. 2005), auch zivilgesellschaftliche Einstellungen und Verhalten bei, die teils mit dem sozialen Hintergrund assoziiert sind und die sich wiederum auf politische Einstellungen und Verhalten auswirken (Jennings 2007; Quintelier 2015). Die schottischen Ergebnisse sind somit in der Tat überraschend. Gleichzeitig ist es aber anhand dieser einen Studie nicht möglich zu sagen, welche genauen Kausalitäten hier ausschlaggebend waren und wie genau das mögliche Potenzial der Wahlaltersenkung für mehr Verteilungsgerechtigkeit in der politischen Beteiligung genutzt werden könnte. Die weitere Beobachtung der politischen Beteiligung nach sozialer Klasse und Bildungshintergrund ist somit vor allem bei jungen Menschen und im Kontext von Maßnahmen zum Wählen mit 16 überaus wichtig.

2.3 Vom „Ob“ zum „Wie“ – Forschungsstand zu Erfolgsfaktoren

Die oben zusammengefassten empirischen Befunde zeigen, dass die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre mit positiven Veränderungen einhergehen kann. Das heißt aber nicht, dass dies auch automatisch geschieht. Die Wirkung auf das Wahl- und Informationsverhalten junger Menschen beispielsweise ist nicht in allen Ländern klar erkennbar (Toots & Idnurm 2020). Gerade wenn sich das Wählen ab 16 nur auf sekundäre Wahlen (wie Landtags- oder Kommunalwahlen) beschränkt oder 16- und 17-Jährige lediglich als Bestandteil eines Experiments an Wahlen teilnehmen (Bergh 2013; Stiers et al. 2020), sind Effekte nicht immer

so umfangreich und nachhaltig wie in einigen anderen Fällen. Die entscheidende Frage ist also weniger, *ob* eine Wahlaltersenkung prinzipiell empirisch vertretbar ist, weil kaum direkte negative Effekte in der Praxis beobachtet wurden. Da wir allerdings substanzielle Unterschiede in der Art und Weise sehen, *wie* sich die Senkung des Wahlalters in unterschiedlichen Kontexten auswirkt, muss der Fokus weiterer Untersuchungen auf den Erfolgsfaktoren der Umsetzung des Wählens mit 16 liegen. Zusammengefasst lässt sich sagen: Ein früheres Wahlalter *kann* mit positiven Änderungen in der politischen Beteiligung junger Menschen einhergehen, *muss* es aber nicht zwingend.

Ein Großteil der Forschung hat ein besonderes Augenmerk auf die Rolle politischer Bildung in der Schule gesetzt und gezeigt, dass das Zusammenspiel von Verbesserungen und der Möglichkeit der Beteiligung das Potenzial von Wahlaltersenkungen erhöhen kann (Zeglovits & Zandonella 2013). Dabei spielt allerdings die Form politischer Bildung eine besondere Rolle. Während der grundsätzliche Erwerb von Wissen zu politischen Prozessen wichtig ist, entstehen die stärksten Einflüsse auf erhöhte politische Selbstwirksamkeit und Beteiligung junger Menschen, wenn politische Themen aktiv in einem guten Unterrichtsumfeld diskutiert werden (Eichhorn 2018b). Das bedeutet, dass Schüler:innen in die Lage versetzt werden, verschiedene Meinungen aktiv kennenzulernen und sich mit diesen zu befassen, statt beispielsweise nur über Prozesse von Wahlen zu sprechen. Fähigkeiten zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen Inhalten vermittelt zu bekommen, ist dabei ebenso wichtig, wie zu erlernen, den eigenen Standpunkt artikulieren und konstruktiv vertreten zu können. Die Bedeutsamkeit solch diskursiver Auseinandersetzung mit politischer Bildung wurde in der Forschung in vielen Ländern immer wieder bestätigt (Dassonneville et al. 2012; Torney-Purta 2002; Torney-Purta & Lopez 2006). Gleichzeitig sind Lehrkräfte an Schulen jedoch oft sehr vorsichtig in der Umsetzung. Aufgrund von Unsicherheiten und der häufigen Sorge, einer politischen Einflussnahme beschuldigt zu werden, sehen viele Lehrer:innen sich nicht ausreichend in der Lage, solchen Unterricht anzubieten (Toots & Idnurm 2020; Head et al. 2014).

Politische Bildung in Schulen ist jedoch nicht der einzige Faktor, der eine Rolle spielt, wenn es um das Gelingen vom Wählen mit 16 geht. Der Prozess der Veränderung im Wahlrecht und die nachfolgende Implementierung selbst sind von großer Bedeutung (Eichhorn & Bergh 2021). Selbst bei Kampagnen zum Wählen ab 16 gibt es große Unterschiede in der Art und Weise, wie diese die Einführung vorbereiten. Während einige Initiativen *top-down* organisiert sind, etwa durch Parteien oder Regierende (wie in Estland oder Schottland), werden andere Kampagnen eher *bottom-up* von jungen Menschen und Jugendorganisationen aufgebaut (z. B. in den USA und Neuseeland). In letzterem Fall ist für die positive Wirkung entscheidend, dass junge Menschen selbst in Kampagnen sichtbar werden (Douglas 2020).

Eine hohe Aufmerksamkeit für die Beteiligung junger Menschen in der Gesellschaft ist vor allem dann hilfreich, wenn es um die Durchsetzung weiterreichender Maßnahmen geht, wie etwa einer Reform der politischen Bildung. Ebenso ist eine starke Sichtbarkeit von jungen

Menschen in Kampagnen zum Wählen mit 16 gut für die Anerkennung als Bürger:innen in der Gesellschaft – was sich wiederum positiv auf die wahrgenommene Selbstwirksamkeit und das Selbstverständnis junger Menschen als vollwertige Bürger:innen auswirken kann (Huebner 2021; Sanghera et al. 2018). Letzteres spielt besonders dann eine Rolle, wenn es nicht nur um Fragen der direkten und kurzfristigen Auswirkungen von Wahlrechtsreformen geht, sondern auch um die langfristige Entwicklung von jungen Menschen (Breeze et al. 2017), um Generationengerechtigkeit sowie um die gesamtgesellschaftliche Qualität der demokratischen Auseinandersetzung.

Es gibt somit einerseits klare Hinweise darauf, dass in Bezug auf das Wählen ab 16 eine Fokussierung auf die Frage des *Wie* notwendig ist: Wie kann eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre gut umgesetzt und zum Erfolg werden? Andererseits fehlt es gerade mit Blick auf diese Frage nach den Erfolgsfaktoren an Antworten darauf, auf welche Maßnahmen und Prozesse es in der Umsetzung einer Wahlrechtsreform am meisten ankommt. Während ein Großteil der veröffentlichten empirischen Forschung bisher der Frage nachging, *ob* das Wahlalter gesenkt werden sollte, sammeln Aktivist:innen und Forschende in ihrer laufenden Arbeit Erkenntnisse dazu, welche Aspekte bei der Umsetzung des Wählens ab 16 besondere Beachtung verdienen. Diese Erkenntnisse beleuchten wir in den folgenden Teilen dieses Berichts.

3 Kampagnenarbeit und Agenda-Setting zum Wählen ab 16

Aufbauend auf den bestehenden Forschungsergebnissen ermöglichen die im Rahmen dieser Recherche durchgeführten Interviews mit Expert:innen, Erfolgsfaktoren und praxisrelevante Erfahrungen zur erfolgreichen Einführung des Wählens ab 16 zu reflektieren. Die im Folgenden zusammengefasste Recherche bringt erstmals die Eindrücke von Aktivist:innen und laufenden Studien zum Wählen ab 16 zusammen. Das Ziel ist es, besser zu verstehen, welche konkreten Maßnahmen in verschiedenen Ländern genutzt und welche Ergebnisse damit erzeugt wurden. Im Blickpunkt stehen sowohl Kampagnen auf dem Weg zum Wählen ab 16 als auch darüberhinausgehende Maßnahmen zur Umsetzung von Wahlrechtsreformen.

Die Erkenntnisse gehen über die Frage nach dem Für und Wider der Wahlaltersenkung hinaus und verdeutlichen, wie die Beteiligung jüngerer Menschen im Rahmen vom Wählen ab 16 positive individuelle und gesellschaftliche Effekte haben kann. Dabei werden zum einen bestehende Erkenntnisse konsolidiert und zum anderen wird aufgezeigt, welche Wissenslücken bestehen und welche Maßnahmen sich möglicherweise lohnen, erprobt zu werden, um diese zu reduzieren.

Wir schauen zunächst auf Erkenntnisse zur Wirkung von Kampagnenarbeit, die vor der Einführung des Wählens ab 16 stattfindet, und wie die Senkung des Wahlalters die politische Agenda beeinflussen kann. Aus dieser Bestandsaufnahme ergeben sich acht Kernbereiche

von Aktivitäten, bei denen die Praxis zeigt, dass bestimmte Herangehensweisen besonders gut funktionieren. Darunter fällt zunächst, die Aktivitäten an bereits erforschte Top-down- oder Bottom-up-Prozesse anzupassen, auf denen die jeweiligen Kampagnen fußen (Eichhorn & Bergh 2021), sowie junge Menschen als Kernbaustein dieser Kampagnen sichtbar zu machen (Douglas 2020). Als wichtig erweisen sich darüber hinaus Netzwerke und eine Planung, die ausreichend Zeit für deren Aufbau erlaubt, die Verknüpfung des Themas mit anderen gesellschaftlich und politisch relevanten Themen sowie die Arbeit mit politischen Parteien über Parteigrenzen hinweg. Für diese Arbeit benötigen Kampagnenteams vor allem empirische und gut aufbereitete Forschungsergebnisse, zentral bereitgestellte Materialien, die lokale Ableger von Initiativen einfach nutzen können, und eine gezielt erwirkte Medienaufmerksamkeit.

3.1 Anpassung an Top-down- oder Bottom-up-Prozesse

Während Kampagnen zur Senkung des Wahlalters in einigen Ländern von bestehenden Institutionen wie Regierungen oder Parteien initiiert wurden (*top-down*, z. B. in Schottland, Wales, Estland), sind Initiativen in anderen Ländern von „unten“ gegründet und sukzessive aufgebaut worden (*bottom-up*, z. B. in Neuseeland, USA). Beides kann gut funktionieren und in der Praxis kann es oft zu Überlagerungen kommen. Insbesondere *top-down* initiierte Prozesse sind dann besonders erfolgreich, wenn sich zivilgesellschaftliche Gruppen frühzeitig einbringen, um die Umsetzung mitzugestalten (wie z. B. in Schottland, s. u.). Entscheidend ist dabei, dass Kampagnen an die Gegebenheiten und Herausforderungen der jeweiligen Umstände angepasst werden (Eichhorn & Bergh 2021).

Bottom-up-Kampagnen stehen vor der Herausforderung, Aufmerksamkeit zu erzeugen und ernst genommen zu werden. Kampagnenmanager Brandon Klugman („Vote16USA“ in den USA) und Aktivist Ralph Hall („Make it 16“ in Neuseeland) betonten, wie wichtig die Positionierung als seriöse Kampagne für sie war, um als relevante Gesprächspartner:innen von politischen Akteur:innen wahrgenommen zu werden. Dabei waren für sie vor allem die Einbindung von Wissenschaftler:innen (s. 3.6) und die Zusammenarbeit mit etablierten Medien (s. 3.8) von besonderer Bedeutung. Außerdem ist es hilfreich, dezentral organisierte, lokal verankerte Initiativen zur Medienarbeit und Nutzung von bestehenden Ressourcen und etablierten Argumentationsketten zu befähigen (s. 3.7).

Top-down initiierte Prozesse stehen vor der Herausforderung, zu bedenken, wie die dahinterstehenden Akteure wahrgenommen werden. Insbesondere, wenn es sich um parteipolitisch motivierte Überlegungen handelt (wie anfangs in Schottland), müssen schnellstmöglich unparteiische Gruppen eingebunden werden, damit die Zielsetzung explizit mit der Beteiligung junger Menschen verbunden und somit in der Breite akzeptiert wird. Die Arbeit über Parteigrenzen hinweg spielt dabei eine wichtige Rolle (s. 3.5). Besonders die Zusammenarbeit mit thematisch breit aufgestellten Organisationen (s. 3.3 und 3.4) wurde hier

als wichtiger Schritt unter anderem von Gareth Brown benannt, der für das Scottish Youth Parliament die Kampagne zur Wahlaltersenkung mit koordiniert hatte.

Analytisch ist das Betrachten des Kontexts als erster Schritt enorm wichtig, weil sich darauf aufbauend leichter erkennen lässt, welche Erfahrungen aus bestimmten Ländern auf andere Kontexte übertragbar sind und welche eher nicht. In allen Fällen ist aber die Einbindung junger Menschen in der Kampagne von elementarer Bedeutung.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Strategien für Kampagnen müssen stark an nationale Kontexte angepasst werden und insbesondere die Frage berücksichtigen, ob Kampagnen *top-down* oder *bottom-up* initiiert sind.
- Auch wenn die Initiative entweder von etablierten Institutionen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgeht, können andere Akteure nach der Initiierung mit eingebunden werden. Ein gutes Zusammenspiel in der Umsetzung ist besonders vielversprechend.

3.2 Sichtbarkeit junger Menschen als Kernbaustein von Kampagnen

Alle Interviewten mit aktiver Kampagnenerfahrung betonten, wie entscheidend es ist, dass junge Menschen nicht nur in die Kampagnenarbeit einbezogen werden, sondern klar sichtbar sind und als einflusshabend wahrgenommen werden. Dies lässt sich deutlich anhand unterschiedlicher Prozesse in den USA illustrieren. Josh Douglas hat die verschiedenen Erfahrungen in mehreren Kommunen untersucht (Douglas 2019). Im Bundesstaat Maryland haben Gemeinden das Wahlalter auf 16 gesenkt und erfolgreich umgesetzt. Insbesondere die Kampagne in Takoma Park wird seitdem auch von der nationalen „Votes at 16“-Kampagne als positives Beispiel genutzt, um zu zeigen, wie junge Menschen sichtbar eingebunden werden sollten. Im Interview betonte Douglas, wie wichtig es war, dass junge Menschen Überzeugungsarbeit in den Gemeinden leisteten, anstatt Erwachsene für sich sprechen zu lassen.

Das Gegenteil war in Golden, Colorado, der Fall: Hier hatten sich einige Stadtratsvertreter:innen nach den positiven Erfahrungen in Maryland für eine Senkung des Wahlalters ausgesprochen und dazu eine Volksabstimmung angesetzt. Der Vorschlag wurde dann aber von rund 65 Prozent der Bevölkerung abgelehnt, da er als abstrakt und von oben oktroyiert wahrgenommen wurde. Junge Menschen wurden kaum als Fürsprecher:innen ihrer eigenen Anliegen wahrgenommen.

Constanza Sanhueza Petrarca betonte für Argentinien ebenfalls, wie ausschlaggebend es ist, dass die Wahlaltersenkung von jungen Menschen selbst gewollt und vorangetrieben wird. Hier hatten Schüler:innenvertretungen die Kampagnenarbeit organisiert. Die Vertreter:innen der Eliteschulen des Landes genießen in der Regel hohe Medienaufmerksamkeit und erhalten relevantes Training (z. B. in Rhetorik), haben sich aber mit Vertretungen der allgemeinen Schulen im Land zusammengeschlossen, um eine breite Rückkopplung zu kommunizieren. In der öffentlichen Debatte wurden Argumente für die Wahlrechtsänderung daher von jungen Menschen selbst vorgetragen. Die neuseeländische Kampagne ist ein anderes Beispiel für die erfolgreiche Einbindung junger Menschen als sichtbare Fürsprecher:innen in der Kampagnenarbeit, welches sie in einer umfangreichen Dokumentation zusammengefasst haben.²

Dazu sind Befähigungsmaßnahmen sehr wichtig. Die genaue Struktur ist allerdings kontextabhängig. In Argentinien fanden Rhetorik- und Medientrainings beispielsweise innerhalb der Eliteschulen statt, deren Vertretungen Zugang zur öffentlichen Debatte herstellen konnten. In den dezentral organisierten USA wurden derartige Maßnahmen durch eine nationale Organisation (Generation Citizen, für die Brandon Klugman die „Votes16USA“-Kampagne leitet) bereitgestellt. Dazu gehörten Beratungen und Formate, die beispielsweise Training zum Umgang mit Medien ermöglichten und die bei der Strategieentwicklung hilfreich waren. Solche Maßnahmen helfen jungen Menschen, verstärkt selbst in Erscheinung zu treten und die Sichtbarkeit in Kampagnen zu erhöhen.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Kampagnen zum Wählen ab 16 sollten junge Menschen unbedingt nicht nur in die Organisation und Debatte einbinden, sondern sie klar als Sprecher:innen etablieren.
- Konkret geförderte Befähigungsmaßnahmen wie Rhetorik- oder Medientrainings oder Hilfe bei der Strategieplanung können jungen Menschen in der Rolle als Kampagnenführer:innen zum Erfolg verhelfen.

² Diese Dokumentation ist hier einsehbar: <https://www.makeit16.org.nz/>

3.3 Aufbau von Netzwerken mit ausreichend Zeit

Erfolgreiche Kampagnen, die über die Kommunalebene hinausgehen, sind meist nicht nur an eine bestimmte Organisation gekoppelt. Sie verbinden in der Regel mehrere Jugendorganisationen, die gemeinsam für das Ziel der Wahlaltersenkung arbeiten, anstatt gegeneinander um Aufmerksamkeit zu streiten. Auch beim Aufbau von Netzwerken spielt der spezifische nationale Kontext eine wichtige Rolle.

In Brasilien war die Senkung des Wahlalters beispielsweise stark mit dem Übergang zur Demokratie verbunden. Zahlreiche Jugendorganisationen unterstützten den Übergang und sahen die Reform als Bestandteil, um abzusichern, dass junge Menschen auch in Zukunft eine Rolle in der Debatte zur Landesentwicklung spielen (Sanhueza Petrarca 2020). Andernorts, wie in Schottland, gab es bereits eine große Bandbreite an aktiven und etablierten Jugendorganisationen, die kooperativ in der Kampagne arbeiteten und beispielsweise gemeinsame Erklärungen bei Anhörungen im schottischen Parlament zum Thema vorstellten.³ Dadurch konnten sie ein einheitlicheres Bild etablierter zivilgesellschaftlicher Organisationen erzeugen.

Entscheidend ist, dass der Aufbau solcher Netzwerke und deren Koordination Zeit benötigen. Was passiert, wenn die Wahlaltersenkung zu schnell implementiert wird und Netzwerke nicht ausreichend aufgebaut werden können, war in Wales zu beobachten. In einer von oben und relativ schnell herbeigeführten Wahlrechtsreform – zwischen Erstvorlage des Gesetzesvorhabens und der ersten Wahl, bei denen 16- und 17-Jährige abstimmen durften, lagen weniger als 24 Monate – dominierten in den Anhörungen und bei der Ausgestaltung des Vorhabens Expert:innen und Beamt:innen der walisischen Administration. Jugendorganisationen spielten dabei bei der Planung und den Anhörungen kaum eine Rolle. In den zehn Monaten, die zur späteren Umsetzung bis zur ersten Wahl im Mai 2021 blieben, fanden Jugendorganisationen nicht oder erst spät zueinander und arbeiteten so zwar in vielen Einzelinitiativen, aber nur wenig effizient und vernetzt. Das lag laut Jessica Blair unter anderem auch daran, dass die Finanzierung vieler walisischer Initiativen zeitlich begrenzt und projektbasiert statt strukturell angelegt war.

³ Zur Anhörung im schottischen Parlament haben das Scottish Youth Parliament, Young Scot und Youthlink Scotland als führende Organisationen eine gemeinsame Einreichung vorgelegt. Verfügbar unter: [https://archive2021.parliament.scot/S4_Bills/Scottish%20Elections%20\(Reduction%20of%20Voting%20Age\)%20Bill/SPPB216.pdf](https://archive2021.parliament.scot/S4_Bills/Scottish%20Elections%20(Reduction%20of%20Voting%20Age)%20Bill/SPPB216.pdf) (S. 187).

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Kampagnenarbeit zum Wählen ab 16 sollte stark netzwerkorientiert sein und, je nach nationalem Kontext, bestehende Organisationen und Strukturen einbinden.
- Die Etablierung von Netzwerken erfordert Zeit und Koordination. Daher sind strukturelle Fördermaßnahmen hier wichtiger als vereinzelte Projektförderungen.
- Bereits etablierte Organisationen zusammenzubringen ist (falls vorhanden) vielversprechender als neue zu etablieren. Koordinationskapazitäten innerhalb bestehender Strukturen zu schaffen, ist dabei von großer Bedeutung.

3.4 Themenverknüpfungen etablieren

Zur Erzeugung größerer Reichweite können Kampagnen aktiv mit Organisationen zusammenarbeiten, deren Fokus traditionelle oder themenspezifische – nicht direkt Wahl- oder politische – Beteiligung ist, etwa auf Kinder- und Jugendrechte oder auf den Rechten innerhalb von jungen Menschen vertretener Minderheiten wie LGBTQI+-Jugendlichen oder jungen Menschen ethnischer Minderheiten. Durch eine solche Themenverknüpfung kann die Reichweite von Kampagnen erhöht und können junge Menschen eingebunden werden, die sich für andere Themen einsetzen. Dies kann einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung von jungen Menschen leisten, die in Kampagnen zum Wählen ab 16 involviert sind.

Mit dem Ziel, jungen Menschen insgesamt eine Stimme zu geben, hat beispielsweise das Scottish Youth Parliament (SYP) laut Gareth Brown sehr gute Erfahrungen in Kooperationen zu verschiedenen Themen gemacht. Konkret wurde mit Jugendorganisationen zu Themen wie LGBTQI+-Rechte oder ethnische Diversität nach beidseitig vorteilhaften Wegen der Zusammenarbeit gesucht. Während Initiativen zu anderen Themen die „Votes at 16“-Kampagne unterstützten, um jungen Menschen insgesamt mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, verhalf das SYP durch seine Kampagne diesen Initiativen zu mehr politischem Gehör. Da das SYP als etablierte Organisation Zugang zu politischen Akteur:innen hatte, konnte es Initiativen neue Zugänge eröffnen. Im Ergebnis entstand eine breitere Koalition von Unterstützer:innen und auch das Narrativ, dass es nicht nur um Wahlbeteiligung per se ging, sondern um die stärkere Einbindung junger Menschen in politische Diskussionen. „Wählen ab 16“ wird somit als Startpunkt für weitere Kampagnen und Aktivitäten etabliert (und mündet in bestehenden Netzwerken, die während der Implementierung genutzt werden können, um die Beteiligung zu erhöhen; s. 3.2).

In Deutschland, wo für eine Wahlrechtsreform eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, kann eine solche Themenverknüpfung zudem nicht nur vorteilhaft, sondern mitunter sogar notwendig sein, um das Ziel zu erreichen. Aufgrund der notwendigen Mehrheit kann ein weitreichenderer Reformvorschlag – der sich beispielsweise auf Kinderrechte im weiteren Sinne bezieht oder eine Reform des Wahlrechts von politischen Minderheiten miteinbezieht – die nötigen Argumente liefern, um dem Wählen ab 16 kritisch gegenüberstehende Akteur:innen von der Notwendigkeit einer Reform zu überzeugen. Darüber hinaus ermöglicht die Themenverknüpfung, die Weichen für eine erfolgreiche Umsetzung zu stellen, indem sie auf breite Unterstützung aus dem gesamten politischen Spektrum aufbaut.

Ebenso ist laut Expertin Sarah de Lange eine Wahlrechtsreform in den Niederlanden beispielsweise nur dann aussichtsreich, wenn sich Kampagnen zum Wählen ab 16 mit anderen wahlrechtsspezifischen Kampagnen zusammenschließen, da wie in Deutschland nur eine Verfassungsänderung das Wahlalter auf nationaler Ebene senken kann. Auch in Wales spielte die Themenverknüpfung eine entscheidende Rolle: Hier wurde die Senkung des Wahlalters mit einem weitreichenderen Fokus auf Kinderrechte und einer Reform des Wahlrechts für Migrant:innen vereint und so erfolgreich zur Abstimmung gebracht.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Wählen ab 16 kann teilweise sehr gut mit Diskussionen zur Veränderung der Gesellschaft und der Staatsverfassung verbunden werden, vor allem wenn es um Teilhabe und Inklusion geht (z. B. Argentinien, Brasilien, Österreich, Norwegen).
- In Ländern wie Deutschland, in denen für die Senkung des Wahlalters eine Verfassungsänderung mit Zweidrittelmehrheit notwendig ist, kann eine Themenverknüpfung die notwendigen Mehrheiten ermöglichen.

3.5 Mit Parteien und über Parteigrenzen hinweg arbeiten

Ist die Initiierung der Wahlaltersenkung nicht explizit parteigebunden (wie in Estland), dann ist es für Kampagnen sehr wichtig, einerseits überparteilich zu sein und andererseits aktiv mit Parteien zusammenzuarbeiten. Dies hat beispielsweise Ralph Hall in Neuseeland als essenzielle Bedingung dafür erklärt, dass die Kampagne eigenständig ist und auch so wahrgenommen wird. Dabei gilt es vor allem, diejenigen Parteien aktiv anzusprechen, die der Senkung des Wahlalters traditionell eher skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen. Gelingen kann das durch die Betonung eines möglichen Eigennutzens. Folgende Argumente haben dabei für Interviewte in verschiedenen Kontexten funktioniert:

- Die Offenheit jüngerer Menschen bei der Parteiwahl. Wenn junge Menschen in Wahlen beteiligt sind und sich informieren, wählen sie nicht unbedingt entlang bestehender Muster – die oft eine Prägung nach links haben. Bei den Bundespräsidentenwahlen in Österreich schnitt der FPÖ-Kandidat Strache beispielsweise unter den jüngsten Wähler:innen disproportional gut ab. Im schottischen Kontext konnte die Conservative Party unter den Neuwähler:innen mehr Zustimmung verbuchen, nachdem diese zur Wahl zugelassen wurden.
- Parteien kann das aktive Zugehen auf junge Menschen ermöglichen, Nachwuchs zu gewinnen. Guro Ødegard hat im Interview beschrieben, wie norwegische Parteien durch eine aktive Einbindung jüngerer Menschen in assoziierte Kampagnen neue Mitglieder gewinnen konnten. In Argentinien sind mehrere junge Menschen aus Kampagnen zum Wählen ab 16 aktive Politiker:innen in unterstützenden Parteien geworden.
- Parteien, die sich gegen das Vorhaben stellen, können als rückwärtsgewandt wahrgenommen werden. Obwohl in Schottland beispielsweise die Senkung des Wahlalters von der Regierung der unabhängigkeitsbefürwortenden Scottish National Party initiiert wurde, stimmten auch Oppositionsparteien wie Labour und die Liberaldemokraten zu – mutmaßlich, um Teil des Narrativs zu sein, das jungen Menschen in Schottland eine Stimme verschafft (Huebner & Eichhorn 2020).
- Parteien sollten sich des Potenzials der retroaktiven Sozialisation bewusst sein und zu Argumenten positionieren, die das Wählen ab 16 in den Kontext von Generationengerechtigkeit stellen. Junge Menschen, die noch zu Hause leben, können ihre Eltern und sogar Großeltern politisch beeinflussen, vor allem, wenn sie politisch interessiert sind und sich durch politische Bildung befähigt fühlen (McDevitt & Chaffee 2002). Somit können junge Menschen unter Umständen als Multiplikator:innen wirken (Zaff et al. 2010). McDevitt & Kiouisis (2006) konnten in einer umfangreichen Experimentalstudie, die Schüler:innen und deren Eltern einbezog, nachweisen, dass deliberative Unterrichtsansätze solche Effekte hervorbringen können. Bei Schüler:innen, die am „Kids Voting USA“-Programm teilgenommen hatten, war eine erhöhte Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit politischen Diskussionen auch bei den Eltern zu beobachten.⁴

Gelingt es, Fürsprecher:innen von Parteien zu gewinnen, die einer Senkung des Wahlalters eher skeptisch gegenüberstehen, eröffnet das komplett neue Wege zu einer breiteren gesellschaftlichen Akzeptanz für das Wählen ab 16. Dies ist beispielsweise im britischen Kontext geschehen. Die damalige schottische Parteivorsitzende der Conservative Party, Ruth Davidson, änderte ihre ursprüngliche Meinung zum Thema und stimmte 2015 für die Senkung des Wahlalters. Dies hat mehr konservative Politiker:innen – auch in Westminster – motiviert, sich offen dafür einzusetzen. Das Umdenken wurde zusätzlich durch eine

⁴ Siehe auch 4.1 mit einer ausführlicheren Darstellung der Initiative.

Publikation der Electoral Reform Society gefördert, in der nur konservative Politiker:innen (die sonst eher selten mit dieser Organisation zusammenarbeiten) Argumente für die Wahlaltersenkung präsentierten.⁵ Solche Maßnahmen können helfen, dass die Diskussion nicht nur in den Teilen der Gesellschaft geführt wird, die sowieso zustimmen, sondern darüber hinaus wirkt. Aktuell sehen wir auch in Deutschland, dass Kampagnen sich beispielsweise darauf fokussieren, Akteur:innen innerhalb der CDU zu überzeugen. So hat die Berliner Initiative zur Wahlaltersenkung ihre Website und ihre Argumentationspräsentationen explizit auf diese Partei ausgerichtet.⁶

Darüber hinaus kann die Zusammenarbeit mit offiziellen, überparteilichen Institutionen hilfreich sein. In einigen Kommunen in den USA wurde etwa durch die Zusammenarbeit mit den Wahlbehörden und Wahlleiter:innen sichergestellt, dass Abstimmungen zur Senkung des Wahlalters als fair und überparteilich organisiert empfunden wurden, wie Josh Douglas berichtete.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Initiativen zur Wahlaltersenkung sollten idealerweise überparteilich funktionieren (es sei denn, der Prozess ist stark parteilich initiiert und organisiert). Dies kann unter anderem durch die frühe Zusammenarbeit mit offiziellen Institutionen erreicht werden.
- Kampagnen sollten parteiübergreifend mit politischen Parteien zusammenarbeiten, um breit akzeptiert zu werden. Dabei ist es besonders hilfreich, wenn ein Hauptaugenmerk auf eher konservative Parteien gelegt wird.

3.6 Empirische Forschungsergebnisse nutzbar machen

Insbesondere für *bottom-up* organisierte Kampagnen ist es sehr wichtig, als seriös wahrgenommen zu werden. Dabei spielen laut Aktivist:innen vor allem empirische Forschungserkenntnisse eine Rolle. Ralph Hall betonte im Interview die Rolle von belastbaren Erhebungen als Ergänzung zu normativen Perspektiven in der Arbeit von „Make it 16“ in Neuseeland. Aus seiner Sicht sind Begründungen, die ausschließlich normativ oder rechtebasiert argumentieren, weniger erfolgreich als jene, die zusätzlich aufzeigen, welche

⁵ Die Publikation „Civic Duty: The Conservative Case for Votes at 16 and 17“ kann hier eingesehen werden: <https://www.electoral-reform.org.uk/latest-news-and-research/publications/civic-duty-the-conservative-case-for-votes-at-16-and-17/>.

⁶ Die Kampagnenwebsite kann hier abgerufen werden: <https://www.wahlaltersenzen.berlin/>.

positiven Veränderungen eine Wahlaltersenkung bringen kann. Gareth Brown betonte, dass er das Narrativ auf diese Weise sogar umkehren konnte: Statt zu fragen, warum 16- und 17-Jährige wählen sollten, kann auch andersherum gefragt werden: „Wieso sollen 16- und 17-Jährige nicht wählen, wenn keine negativen, aber möglicherweise positive Konsequenzen zu erzielen sind?“

Auch belastbare Daten zu den möglichen konkreten Veränderungen in der politischen Landschaft können eine entscheidende Rolle in der Kampagnenarbeit spielen. Linet Durmuşoğlu zufolge hätten junge Wähler:innen in den Niederlanden zwar nur einen geringen Effekt auf die Wahlergebnisse verschiedener Parteien. Simulationen zu den Auswirkungen dieser wenn auch nur geringeren Veränderungen könnten im zersplitterten Vielparteiensystem der Niederlande jedoch einen spürbaren Effekt auf die politischen Machtverhältnisse haben (siehe auch für Österreich: Bronner & Ifkovits 2019). Solche Berechnungen werden selten ange stellt, können aber gesamtpolitische Debatten anregen und mitunter eine Brücke zwischen dem Wählen mit 16 und Fragen der Generationengerechtigkeit im politischen System bilden.

Für Organisationen kann die Argumentation auf Basis empirischer Forschungsergebnisse jedoch zu Problemen führen, weil beispielsweise akademische Fachartikel nicht frei zugänglich sind, es schwierig ist, einen vollständigen Überblick zu entwickeln, oder die Sprache der Wissenschaft vor allem in quantitativen Erhebungen nicht immer verständlich ist. Daher ist es wichtig, dass Forscher:innen die Ergebnisse ihrer Erhebungen und Analysen zugänglich machen, etwa durch Kurzzusammenfassungen von akademischen Texten in Blogbeiträgen⁷ oder die Finanzierung von Fachartikeln als Open Access⁸. Zudem können Kampagnen Übersichten zu bestehenden Artikeln und Zusammenfassungen sowie Kontakte zu Forschenden miteinander teilen, sodass auch solche Organisationen darauf zugreifen können, die eigene Recherchearbeit eventuell nicht leisten können.⁹

Neben der Bereitstellung von Forschungsübersichten können Wissenschaftler:innen selbst eine wichtige Rolle spielen und Kampagnen unterstützen. So hat Josh Douglas neben seiner Forschungsarbeit beispielsweise eng mit Aktivist:innen von „Votes16USA“ zusammengearbeitet, um Erkenntnisse in die Praxisarbeit zu übertragen.

⁷ Siehe z. B. Jan Eichhorns Blogbeitrag als Ergänzung zum Fachartikel zur Wahlaltersenkung in Schottland (Eichhorn 2018b). Abrufbar unter <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/votes-at-16-new-evidence-from-scotland/>.

⁸ Die aktuellen Artikel der beiden Autor:innen dieses Berichts wurden beispielsweise frei zugänglich publiziert. Siehe Eichhorn & Bergh (2021) und Huebner (2021).

⁹ Die Vote16USA-Kampagne hat beispielsweise eine Sammlung an „Academic Studies“ auf ihrer Website: <https://vote16usa.org/resources/>.

Besonders nützliche Argumente sind laut den Interviewten vor allem:

- 16- und 17-Jährige beteiligen sich tendenziell mehr als etwas ältere junge Menschen bei der Erstwahl.
- Die Wahlaltersenkung kommt nicht unbedingt nur linken Parteien zugute und ermöglicht potenziell allen Parteien eine bessere Kommunikation mit jungen Menschen.
- Junge Menschen folgen nicht einfach der Meinung ihrer Eltern – vor allem, wenn sie sich politisch gut informiert fühlen.
- Die Herabsetzung des Wahlalters ermöglicht, positive Sozialisationseinflüsse stärker zu nutzen, um Beteiligung zu erhöhen.
- Politische Bildung kann einen positiven Einfluss haben und sollte gestärkt werden.
- Die Senkung des Wahlalters allein reicht daher nicht aus, sondern kann als Antrieb oder Impuls verstanden werden, weitere politische Bildungs- und Jugendarbeit zu fördern.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Forschungserkenntnisse sollten den Kampagnen für ihre Arbeit zugänglich gemacht werden. Übersichten zu bestehenden Artikeln helfen den Organisationen, die eigene Recherchen eventuell nicht leisten könnten.
- Wissenschaftler:innen können aktiv Beiträge für Kampagnen leisten und sie in ihrer Arbeit beratend unterstützen.
- Zudem sollten akademisch Forschende ihre Ergebnisse in einfacherer Sprache und frei zugänglichen Formaten bereitstellen – etwa durch Kurzzusammenfassungen akademischer Texte, Blogbeiträge oder die Veröffentlichung von Fachartikeln als Open Access –, damit Aktivist:innen diese nutzen können.

3.7 Materialien für lokale Initiativen zentral bereitstellen

Viele lokale Initiativen haben nicht die Kapazitäten, bestehende Forschung und Kampagnenerfahrungen selbst zu sichten und daraus Schlussfolgerungen für die eigene Arbeit zu ziehen. Daher ist es neben den unter 3.2 genannten Befähigungsmaßnahmen, die zentral für Initiativen bereitgestellt werden können, auch hilfreich, wenn existierende Materialien aufbereitet und nutzbar gemacht werden. Dies bezieht sich auf zwei Sorten von Materialien: auf Übersichten und idealerweise verständlich gemachte Zusammenfassungen bestehender

Forschung sowie auf Materialien zum Einsatz in Kampagnenarbeit (z. B. Vordrucke für Flyer, Präsentationstemplates).¹⁰

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Auf zentralen Websites sollten Materialien aus der Forschung zusammengebracht und leicht zugänglich gemacht werden – am besten mit Zusammenfassungen in einfacher Sprache.
- Auch Kampagnenmaterialien können zur dezentralen Nutzung (Vordrucke, Präsentationstemplates etc.) bereitgestellt werden. Idealerweise sind solche Materialien leicht editierbar für verschiedene Initiativen, damit sie an die jeweiligen Kontexte angepasst werden können.

3.8 Medienaufmerksamkeit erzeugen

Den Expert:innen zufolge, die im Zuge dieser Recherche befragt wurden, spielten für die Kampagnen die sozialen und traditionellen Massenmedien sehr unterschiedliche Rollen. In den meisten Ländern betonten die Interviewten, dass soziale Medien zwar eingesetzt wurden, aber weniger, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, sondern eher, um Aktivitäten zu organisieren und beispielsweise Freiwillige für bestimmte Veranstaltungen zu mobilisieren.

Für breitere Diskurse spielten Massenmedien meist eine wichtige Rolle. Zum einen wurden sie als wirksamer wahrgenommen, um politische Diskurse zu beeinflussen, und zum anderen konnte durch Berichterstattung in etablierten Medien die Seriosität der Kampagnen unterstrichen werden (s. 3.6). Da die Wahlaltersenkung in vielen Ländern kein großes Thema in der öffentlichen Debatte war, half die Präsenz in solchen Medien, die Fragestellung in einen breiteren Diskurs zu bringen. Teils konnte dies durch Meinungsartikel von Kampagnenmitgliedern oder auch unterstützenden Wissenschaftler:innen geleistet werden.¹¹ Teils wurden aber auch andere Maßnahmen ergriffen. In Neuseeland wurde beispielsweise ein Gerichtsverfahren angestrengt. Obwohl die Chancen für die Senkung des Wahlalters auf dem Rechtsweg laut Ralph Hall als begrenzt eingeschätzt wurden und das Verfahren nicht

¹⁰ Ein gutes Beispiel für eine solche Materialsammlung bietet die Vote16USA-Kampagne auf ihrer Website: <https://vote16usa.org/resources/>.

¹¹ Josh Douglas z. B. schreibt für die CNN darüber, warum das Wählen ab 16 eingeführt werden sollte: <https://edition.cnn.com/2018/02/19/opinions/parkland-shooting-voting-age-opinion-douglas/index.html>

gewonnen wurde, war es dennoch sehr hilfreich, weil auf diese Weise ein großes Medien-echo erzeugt werden konnte.

In südamerikanischen Ländern mit Wahlaltersenkungen in den vergangenen zehn Jahren stellte sich die Situation teilweise etwas anders dar. Laut Constanza Sanhueza Petrarca spielten soziale Medien in Argentinien beispielsweise auch in der Diskursentwicklung eine größere Rolle. Das lag vor allem daran, dass der Zugang zu etablierten Medien dort insgesamt schwieriger ist.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Je nach Medienlandschaft sollten Strategien für soziale und traditionelle Medien dezidiert entwickelt werden. Während soziale Medien meist eher der Mobilisierung von Anhänger:innen dienen, lassen sich traditionelle Massenmedien oft besser nutzen, um den breiteren Diskurs zu beeinflussen.
- Dazu können Aufmerksamkeit erzeugende Maßnahmen – wie das Gerichtsverfahren zur Wahlaltersenkung in Neuseeland – hilfreich sein.
- Der Zugang zu etablierten Medien lässt sich teilweise durch Meinungsartikel von Aktivist:innen oder unterstützenden Wissenschaftler:innen herstellen.

4 Erfolgreiche Begleitung und Implementierung des Wählens ab 16

In diesem Abschnitt greift der Bericht Erfahrungen zur Wirkung und erfolgreichen Umsetzung vom Wählen mit 16 auf. Dabei richten wir das Hauptaugenmerk darauf, wie durch die Beteiligung jüngerer Menschen im Rahmen einer Senkung des Wahlalters positive Effekte erzielt werden können – zum einen für junge Menschen individuell, zum anderen für die Gesellschaft und die Qualität demokratischer Auseinandersetzung als Ganzes.

Um mit dem Senken des Wahlalters positive Effekte auf der Individualebene erzielen zu können, ist es wichtig, dass bei der Umsetzung der Wahlrechtsreform Maßnahmen zur Förderung der formellen wie auch der informellen demokratischen Bildung mitgedacht und mitumgesetzt werden. Die Stärkung der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit junger Menschen ist hierbei das Ziel – sowohl von Bildungsarbeit als auch darüberhinausgehenden begleitenden Maßnahmen.

Zusätzlich bietet eine erfolgreiche Einführung des Wählens ab 16 unter Umständen die Chance, gesamtgesellschaftliche Effekte herbeizuführen, wozu vor allem die Stärkung der politischen Sichtbarkeit und Repräsentation junger Menschen gezählt werden kann. Mit der Senkung des Wahlalters können die politischen Stimmen junger Menschen sowie Debatten

zu Fragen der Generationengerechtigkeit in der Gesellschaft zum Beispiel in den Medien, in parteipolitischen Diskursen oder in der Familie an Bedeutung gewinnen.

4.1 Formelle Bildung (vor allem in Schulen) ausbauen

Da gute politische Bildung in der Schule einen starken Effekt auf zivilgesellschaftliche Einstellungen und politische Beteiligung haben kann – wie in der Forschungsübersicht in Teil 2 dargelegt –, ist sie eines der wichtigsten Instrumente zur Mobilisierung junger Menschen. In Bildungssituationen werden schlichtweg die meisten jungen Menschen erreicht. Das gilt für diese im Allgemeinen, kann aber durch die Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre noch verstärkt werden, weil dadurch politische Bildung in der Schule nicht nur abstrakt behandelt wird, sondern in einer unmittelbareren Aktivität mündet und ihre Bedeutung somit erhöht wird.

Daher bietet die Senkung des Wahlalters die Möglichkeit, neue Impulse in anderweitig möglicherweise festgefahrene Arten und Weisen der politischen Bildung zu bringen. Eva Zeglovits betont beispielsweise, wie wichtig die Impulse der Wahlrechtsänderungen für Bildungsdebatten in Österreich waren, was auch wissenschaftliche Schriften aus diesem Zeitraum betonen (Filzmaier & Klepp 2009). Aus dem Druck heraus, dass die Reform auch positive Effekte haben sollte, sowie um sicherzustellen, dass politische Bildung einen höheren Stellenwert erhält und junge Menschen sich für die Wahl vorbereitet fühlen, wurde das Curriculum landesweit überarbeitet. Wie in einigen anderen Ländern auch hat Österreich dabei einen stärkeren Fokus auf Kompetenzentwicklung in der politischen Bildung gesetzt. Statt auf reine Wissensvermittlung zu setzen, wurde die Fähigkeit zur Analyse und Darstellung stärker betont (Sander 2009). Dabei zeichnete Österreich sich in einer besonders differenzierten Unterscheidung aus: zwischen Sachkompetenz auf der einen und Arbeitswissen auf der anderen Seite. Im Ergebnis wurde politische Bildung in Österreich stärker kompetenzbasiert entwickelt.

Obwohl bestimmte thematische Schwerpunkte (wie Menschenrechtsbildung, Europapolitik und Gleichstellung von Mann und Frau)¹² benannt werden, ist der Kernanspruch „ein reflektiertes und (selbst-)reflexives Politikbewusstsein, das im schulischen Lernen in besonderer Weise über exemplarische Annäherungen an Problemfälle des Politischen unter Berücksichtigung der Lebens- und Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler aufgebaut wird.“¹³ Die Fähigkeit, eigene Einschätzungen zu entwickeln, wird dabei über drei Prozessbereiche erlangt: 1. „Wissen aufbauen, reflektieren, weitergeben“; 2. „Haltungen entwickeln“; 3.

¹² Siehe <https://www.politik-lernen.at/allgemeines>

¹³ Siehe <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/uek/politbildung.html>

„bewerten, entscheiden, umsetzen“. Details zur Umsetzung werden für ganz Österreich in Lehrplänen festgehalten und über eine eigene Webplattform des Bildungsministeriums transparent abrufbar dargestellt.¹⁴ Darüber hinaus dient die Plattform der Bereitstellung von Materialien und dem Zusammenführen verschiedener Initiativen und Projekte. Lehrpläne sind differenziert für alle Schulformen – beginnend schon mit der Volksschule (als Bestandteil des Sachunterrichts) – angelegt. An der Berufsschule wird Politik als dezidiertes Fach unterrichtet, in anderen Schularten als Kombinationsfach mit anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern angeboten.

Ähnliche Prozesse konnten teils auch in Südamerika beobachtet werden. Dort sollte laut Constanza Sanhueza Petrarca das Ziel mit verankert werden, junge Menschen im Rahmen der Verfassungsänderungsprozesse und durch entsprechende Bildungsmaßnahmen stärker politisch zu involvieren. Auch in Wales ging die Wahlrechtsreform mit einer Bildungsreform einher, die das Verständnis von demokratischer Bürgerschaft stärken sollte. Die zeitlich knappe Umsetzung führte jedoch dazu, dass die Bildungsreform erst nach der Einführung des Wählens ab 16 und für frühestens die zweite oder dritte Generation 16- und 17-jähriger Wähler:innen greift.

Wichtig ist nicht nur die Präsenz von politischer Bildung per se, sondern auch deren genaue Ausgestaltung. In Schottland beispielsweise wurde durch die Ausweitung des Fachs Modern Studies (eine Mischung aus Politik- und Soziologieunterricht) mehr jungen Menschen direkter Zugang zu politischer Bildung ermöglicht. Im Rahmen der Wahlaltersenkung haben dann auch einige Gruppen diskutiert, wie dieser Unterricht aussehen sollte und insbesondere, wie mehr politische Deliberation mit eingebunden werden kann. Diese Diskussionen waren jedoch nicht zentral koordiniert, sondern wurden eher ad hoc in verschiedenen betroffenen Gruppen initiiert. Die Modern Studies Teacher Association organisierte zum Beispiel Workshops während ihrer jährlichen Konferenz und teilte Materialien mit Kolleg:innen. Staatliche Institutionen, wie die Electoral Commission, entwickelten eigenständig Materialien und tauschten sich dazu begrenzt mit Lehrenden an Schulen aus.

Beiträge für bessere Bildung wurden auch von Wissenschaftler:innen entwickelt, um Forschungsprojekte im Zuge der Volksabstimmung für den Unterricht junger Menschen nutzbar zu machen. Ein derartiges Projekt in Schottland brachte die Erkenntnisse aus Forschungsprojekten in einer Publikation zusammen, die in über 200 Schulen genutzt wurde. Wichtig war es dabei, dass die Materialien leicht anpassbar an den Unterricht und auch beispielsweise für die Prüfungsvorbereitung hilfreich waren – Aspekte, die durch die Kooperation mit Lehrenden entwickelt wurden.¹⁵ Problematisch war allerdings, dass es große Unterschiede darin

¹⁴ Abrufbar unter <https://www.politik-lernen.at>

¹⁵ Das Projekt wurde geleitet vom Co-Autor dieses Berichts, Jan Eichhorn. Die Materialien können über den folgenden Link unentgeltlich angefordert werden und sind zudem direkt beim Autor erhältlich:

gab, welche Richtlinien die verantwortlichen Kommunalverwaltungen vorgaben. Während in einigen schottischen Schulen politisch aktiv diskutiert wurde, durften andere nur die rechtlichen Grundstrukturen erläutern. Dies erhöhte die Nervosität unter Lehrenden (Head et al. 2014) und führte dazu, dass das volle Potenzial nicht ausgeschöpft wurde. Solche regionalen Unterschiede verhinderten eine stärkere Koordination, etwa durch schottische Regierungsorgane. Eva Zeglovits stellte für Österreich heraus, wie wichtig es war, dass Bildungspolitik vor allem Bundesangelegenheit ist (obwohl es auch Länderunterschiede gibt) und somit Entscheidungen dort schlussendlich in der Breite umgesetzt werden konnten. Wie erfolgreich gute deliberative Ansätze zu politischer Bildung sein können, zeigt exemplarisch eine wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Kids Voting USA“¹⁶.

In vielen Ländern gibt es Konflikte zur Frage, wie politische Bildung aussehen sollte. Der berühmte Beutelsbacher Konsens in Deutschland regelt grundlegend die weltanschauliche Neutralität – doch reicht dieser kleinste gemeinsame Nenner nicht aus, um detailliert zu klären, wie politische Bildung in der Praxis aussehen kann. In Estland, wo die politische Bildung im Spannungsfeld zwischen russischsprachigen und nicht russischsprachigen Schulen eine besondere Rolle einnimmt (Toots & Idnurm 2020), wurde daher ein weitergehender Prozess eingeleitet. Angeregt durch nationale Jugendorganisationen wurde gemeinschaftlich ein Leitfaden für politische Diskussionen in der Schule erstellt. Dieser soll als verbindlich und überparteilich gelten und bezieht die Vertreter:innen junger Menschen über den nationalen Jugendrat mit ein.

Best Practice | Deliberative Politische Bildung: Kids Voting USA

„Kids Voting USA“ ist ein Programm für den schulischen Unterricht, das speziell für die letzten Monate von Wahlkampfphasen konzipiert wurde. Es ermöglicht jungen Menschen, qualifiziert an aktuellen politischen Debatten teilnehmen zu können. Gegründet 1988, entwickelte die Organisation Ressourcen zur Anwendung in Schulen. Durch die Kooperation mit regional verankerten zivilgesellschaftlichen Organisationen („Affiliates“) werden Lehrenden regionale Ansprechpartner:innen bereitgestellt, die bei der Umsetzung helfen und die spezifischen Bedingungen in den jeweiligen Kontexten (z. B. Bundesstaaten oder regionalen Schulbehörden) kennen. Neben Materialien, die im Unterricht verwendet werden können, unterstützt die Organisation schon lange auch die Durchführung von Jugendwahlen in Schulen mit entsprechender inhaltlicher Begleitung.

<https://www.research.aqmen.ac.uk/2017/07/14/scottish-independence-referendum-2014-teaching-materials/>.

¹⁶ Abrufbar unter: <https://www.kidsvotingusa.org/>.

Alle Aktivitäten sind also stark auf die Besprechung echter politischer Debatten ausgerichtet. Ein besonderes Merkmal im Vergleich zu ähnlichen Initiativen in anderen Ländern ist die explizite Einbindung von Eltern. Für jeden Wahlkampf werden Materialien bereitgestellt, die zu Hause genutzt werden können, und idealerweise werden schulische Programme mit Aktivitäten im Elternhaus kombiniert.

Dieses spezielle Merkmal des Programms betonen McDevitt und Kiousis (2006) in ihrer Evaluation. Bei den Schüler:innen konnten tatsächlich positive Entwicklungen im Verständnis, im Austausch zu Politik und in der Beteiligung gemessen werden – allerdings mit teils abnehmender Stärke in Nachbefragungen, die in Folgejahren stattfanden. Zusätzlich konnten jedoch auch einige positive Effekte bei den Eltern nachgewiesen werden, die darauf hinweisen, dass solch deliberative politische Bildung über den Horizont junger Menschen hinweg wirksam sein kann. Damit dies gelingt, identifizieren die Autor:innen folgende Kriterien für gute Programme: die Einbeziehung der Eltern, die Verwendung von echten Medieninhalten im Unterricht (z. B. politische Kampagnenspots), die Gleichzeitigkeit solchen Unterrichts mit großen politischen Events, die Einbindung von Aktivitäten außerhalb der Schule – also die Übersetzung von Debatten in zivilgesellschaftliches Engagement –, die Diskussion tatsächlicher Themen von Relevanz für Schüler:innen, das Zulassen thematischer Debatten, die Einbindung sozioökonomisch schwächerer Schüler:innen und die Etablierung eines Verständnisses politischer Partizipation, das über das Wählen hinausgeht.

Grundsätzlich lagen Entscheidungen zu diesem Thema vorher eher bei Schulleiter:innen. Der Leitfaden gibt Lehrkräften mehr Sicherheit darin, was sie tun können und was nicht. Wichtig ist dabei, dass es sich um einen dynamischen Prozess handelt. Nach der ersten Version (2017) im Zuge der Wahlaltersenkung wurde das Dokument für die nächsten Wahlen (2021) überarbeitet, weil es in der Praxis als nicht stark genug gesehen wurde.¹⁷ Laut Anu Toots hilft die neue Version Lehrenden, weniger übervorsichtig zu agieren. Die Praxis zum grundsätzlichen Konsens wird also unter Einbeziehung der betroffenen jungen Menschen kontinuierlich an sich verändernde Lebensrealitäten angepasst.

Neben dem Fokus auf die Inhalte innerhalb der Fächer politischer Bildung gibt es auch umfangreichere Ansätze, die den Lehrplan als Ganzes betrachten. In Norwegen beispielsweise wird gerade von der Schulbehörde ein neues Curriculum entwickelt, das Werte und Prinzipien für die Grundschule und darüber hinaus etabliert.¹⁸ Drei Kernthemen sind darin festgeschrieben: Gesundheit und Lebenskompetenzen, nachhaltige Entwicklung,

¹⁷ Die aktuelle Version des Leitfadens ist hier zu finden: https://enl.ee/wp-content/uploads/2021/05/10.05.21_valimised_koolis_HTM_OK-1.docx.pdf.

¹⁸ Eine Übersicht zu dieser Initiative findet sich hier: <https://www.udir.no/lk20/overordnet-del/prinsipper-for-laring-utvikling-og-danning/tverrfaglige-temaer/demokrati-og-medborgerskap/?lang=eng>.

Demokratie und Staatsbürger:innenschaft. Laut Guro Ødegard schließt das selbst Fächer wie Mathematik ein, in denen – statt klassischer Beispiele – Beispiele aus politischen Debatten stärker integriert werden sollen (z. B. Wahlen und Umfragen im Statistikerunterricht). Diskussionen zu Politik und Gesellschaft sollen somit für alle Schüler:innen ein kontinuierlicher Bestandteil ihrer Bildung sein. Die Initiative dazu begann erst 2022; daher ist die Umsetzung noch nicht vollständig vollzogen. Sie wird jedoch aktuell wissenschaftlich evaluiert – im Rahmen von Modellversuchen und ersten Erfahrungen in der Praxis. Genaue Einschätzungen werden jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein.¹⁹

Best Practice | Leitfaden für politische Bildung in Estland

Herangehensweise: Die Initiative zur Erstellung eines Leitfadens zu politischen Diskussionen in der Schule kam vom Estnischen Nationalen Jugendrat („Eesti Noorte – Ühenduste Liit“ – die Verbindung der verschiedenen Jugendorganisationen auf nationaler Ebene). Zwei offizielle Partner:innen sind als Co-Herausgeber:innen des Leitfadens mit in den Prozess und die Publikation eingebunden: der Justizkanzler der Regierung, der zugleich Ombudsperson für Kinder und Jugendliche in Estland ist, und das Ministerium für Bildung und Forschung. Die Erstellung des Dokuments wird zwischen den drei Parteien abgesprochen. Nach der ersten Version 2017 wurde der Leitfaden nun im Vorfeld der Kommunalwahlen 2021 überarbeitet, um stärkere Aussagen integrieren zu können.

Kerninhalte des Leitfadens 2021:

- Schulen müssen im Wahlkampf unparteiisch sein.
- Schüler:innen haben das Recht, ihre Wahl frei und autonom zu treffen.
- Politik kann und sollte in der Schule diskutiert werden.
- Politiker:innen dürfen in den Unterricht eingeladen werden, wenn dies der Verwirklichung von Lernzielen aus dem Curriculum dienlich ist.
- Wahlkampforientierte Veranstaltungen in Schulen müssen ausbalanciert und neutral sein: Mitgliederrekrutierung ist beispielsweise untersagt.
- Eltern müssen im Vorfeld über Veranstaltungen informiert werden.
- Schulleiter:innen, Lehrende und Schüler:innen, die Veranstaltungen organisieren, dürfen diese nicht zur Werbung für ihre favorisierte Partei nutzen.

Viele Initiativen zielen auch darauf ab, politische Bildung über die Lehrpläne hinaus zu denken. So sind etwa Konzepte wie Probewahlen in der Schule ein oft etabliertes Konzept (z. B. in Österreich oder Wales), aber nicht immer zwingend erfolgreich (z. B. in Belgien). Wichtig

¹⁹ Das wichtigste Forschungsprojekt, das diese Initiative begleitet, ist DEMOCIT an der Oslo Met Universität: <https://www.oslomet.no/en/research/research-projects/democit>.

ist, solche Instrumente nicht losgelöst vom Rest der Bildungserfahrung durchzuführen, sondern sie zu verbinden. So erklärt Dieter Stiers, der Probewahlen in der belgischen Stadt Gent wissenschaftlich begleitete (Stiers et al. 2020), dass das Experiment dort nur zu geringfügigen Effekten bei den teilnehmenden jungen Menschen führte, da die Wahlen nicht systematisch und über alle Schulen hinweg im Unterricht begleitet wurden.

Ähnliches gilt für Wahldebatten mit Politiker:innen. Diese sind oft beliebt bei jungen Menschen (z. B. in Teilen Norwegens, Wales oder Schottland), müssen jedoch mit Erklärungen und Diskussionen im Unterricht verbunden und eingeordnet werden. Die Wahlaltersenkung bietet dabei teilweise Möglichkeiten, auch externe Akteursgruppen stärker mit einzubeziehen. So sind im Zuge der Wahlrechtsreformen in Wales und Schottland beispielsweise die Bildungsprogramme der jeweiligen Landesparlamente mit neuen Angeboten aktiv geworden, um mehr politische Bildungsarbeit anzubieten, die mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie verknüpft sind.

In Wales bot das walisische Parlament zusätzlich zu Informationsveranstaltungen rund um das Wählen auch öffentlichkeitswirksame Jugenddebatten an, bei denen Schulklassen und Jugendgruppen in professionellem Rahmen wie politische Parteien fiktive Programme debattieren konnten.²⁰ Das schottische Parlament hatte sein Angebot massiv ausgebaut. Neben der Organisation von Schulklassenbesuchen im Parlament („Schools visit programme“) wurden erfolgreich neue Formate etabliert. Mitarbeitende des Bildungsprogramms des Parlaments gehen oft in Kooperation mit Abgeordneten auch direkt in die Schulen („Let Parliament come to you“), – um Barrieren abzubauen, vor allem für Schulen, die weit von der Hauptstadt entfernt sind.²¹

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Wahlaltersenkungen können Debatten über die Weiterentwicklung politischer Bildung anstoßen und Verbesserungen ermöglichen. Das Potenzial sollte unmittelbar genutzt werden.
- Politische Bildung muss dabei nicht nur als Erlernen des Staatswesens, sondern als Befähigung zur Auseinandersetzung mit politischen Debatten verstanden werden. Wichtig ist eine Debatte zu Standards, die landesweit gelten – was gerade im deutschen Bildungsföderalismus eine Herausforderung ist.

²⁰ Weitere Informationen zum Programm „Power of your Vote“ hier: <https://senedd.wales/visit/education-and-youth-engagement/vote-16/power-of-your-vote-a-mock-election-event/>

²¹ Details zu allen Programmen können hier abgerufen werden: <https://archive2021.parliament.scot/visitand-learn/education.aspx>.

- In Deutschland könnte der Beutelsbacher Konsens nach dem Vorbild aus Estland in einen dynamischen Prozess ausgebaut werden. Unter Einbindung junger Menschen würde regelmäßig evaluiert, wie politische Bildung in Schulen aussehen sollte, welche Prinzipien eingehalten werden müssen und wie eine Umsetzung überparteilich gesichert sein kann.
- Forschende können wichtige Beiträge leisten, indem sie aus ihren Ergebnissen heraus Materialien für den Einsatz in Schulen erstellen. Solche Materialien sollten gemeinsam mit dort Lehrenden entwickelt und erprobt werden.
- Neben der Umsetzung in klassischen Politikunterrichtsfächern, kann politische Bildung auch durch ein Mainstreaming in viele andere Bereiche des Curriculums integriert werden. Dabei sind nicht nur Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Umfeld, wie Deutsch oder Geschichte, relevant, sondern auch in Mathematik und Naturwissenschaften können politische Debatten integriert werden.

4.2 Informelle Bildung (außerhalb von Schulen) erweitern

Politische Bildung findet jedoch nicht nur in der Schule statt. Insbesondere junge Menschen, die nicht über das 16. Lebensjahr hinaus in Formen schulischer Bildung eingebunden sind, würden nicht im gleichen Maße von den positiven Impulsen aus 4.1 profitieren. Da die Teilnahme an Bildung sozial stratifiziert ist, könnten somit Ungleichheiten in politischer Beteiligung verfestigt werden (Weinberg 2021). Daher sind Angebote außerhalb schulischer Umfelder ebenfalls sehr wichtig. Sie sind besonders dann erfolgreich, wenn sie von Jugendorganisationen konzipiert und durchgeführt werden und an den Orten stattfinden, an denen junge Menschen sowieso schon sind.

Gareth Brown berichtete im Interview beispielsweise von Initiativen des Scottish Youth Parliament (SYP) nach dem Beschluss zur Wahlaltersenkung. Aufbauend auf den Verbindungen in der Kampagnenphase (s. 3.4), entwickelte das SYP-Team Workshops für Jugendorganisationen, die vor Ort durchgeführt wurden und Gruppen ansprachen, deren Fokus sonst nicht auf politischer Beteiligung lag. Gareth Brown betonte, dass die Entscheidung für einen Fokus auf den außerschulischen Bereich durchdacht und zielorientiert war. Innerhalb des SYP wurde wahrgenommen, dass offizielle Institutionen und Lehrendenverbände sich stark auf den Raum Schule konzentrierten, was jedoch zur Sorge führte, dass junge Menschen, die nicht in politische Bildungsprozesse in der Schule eingebunden waren (s. 4.1), außen vorge lassen würden.

Auch in Wales wurde anfangs auf die informelle Bildung in Jugendgruppen und Vereinen gesetzt, vor allem um Jugendliche aus bildungsfernen Hintergründen zu erreichen. Im Gegensatz zum Beispiel Schottland scheiterte die Umsetzung solcher Maßnahmen allerdings

daran, dass Akteure kurzfristig, projektfinanziert und weitgehend isoliert agierten. Das walisische Jugendparlament – das Pendant zum schottischen Beispiel – spielte in der Vernetzung von Jugendorganisationen keine Rolle. Expertin Jessica Blair erklärte, wie ihre Organisation, die Electoral Reform Society, in letzter Minute den Aufbau eines Netzwerks forcierte, es aber nicht schaffte, eine effiziente Koordination von Maßnahmen zu erreichen. So kam es, dass Jugendorganisationen ähnliche und vielfach konkurrierende Maßnahmen anboten, während einige Gruppen Jugendlicher nur wenig engagiert wurden.

Neben der direkten Arbeit vor Ort können auch individuell nutzbare Materialien, die junge Menschen selbst für andere junge Menschen erstellen, erfolgreich Informationen und Wissen vermitteln. Das SYP-Team produzierte beispielsweise eine Reihe von Videos, in denen Expert:innen über das Thema Wahlrecht und die politischen Debatten aufklärten.²² Die Zusammenarbeit mit Forschenden aus den Kampagnen (s. 3.6) konnte dabei ausgebaut werden. Durch die bestehenden Netzwerke konnte das SYP vielen jungen Menschen einen einfacheren Zugang zu den Diskussionen ermöglichen – auf eine Art, die verständlich war.²³

Best Practice | Workshopprogramme nationaler Jugendorganisationen: Das Scottish Youth Parliament

Die politische Bildungsarbeit des SYP im außerschulischen Bereich bezog sich vor allem auf zwei Zielgruppen: Themenorientierte Initiativen (wie LGBTQI+-Gruppen) und Gruppen, die regionale Interessen junger Leute vertraten, vor allem in ländlicheren Regionen (wie Youth Voice Highlands). Wichtigster Inhalt der Workshops war die Erklärung verschiedener Instrumente zur Durchsetzung der Interessen, die die jeweiligen Gruppen für sich sahen. Somit fiel es leicht, die Nützlichkeit von erhöhter politischer Beteiligung herauszustellen, da das Ziel die Befähigung zur Durchsetzung eigener Interessen war. In der Kooperation mit LGBTQI+-Gruppen wurden also beispielsweise deren spezifische Themen aufgegriffen und gemeinsam wurde überlegt, wie positive Veränderungen auf politischer Ebene erzeugt werden könnten. In diesem Prozess wurden dann mögliche demokratische Verfahren besprochen, wie Petitionen oder Parlamentseingaben, die vorher nicht in Betracht gezogen wurden. Je nach Entscheidung mit Blick auf die hilfreichsten Instrumente konnten dann vertiefend dazu Trainings angeboten werden (z. B. im Petitionsschreiben und der Organisationen einer Kampagne dazu). Das politische Lernen war somit direkt mit den Themen und Zielen der jeweiligen Gruppen verknüpft.

²² Einige Beispiele der Videos finden sich hier: <https://www.youtube.com/watch?v=1NM9qeV4Vq0>; <https://www.youtube.com/watch?v=YQ1AaN8ieY>.

²³ Im Vorfeld des Brexit-Referendums hat das Scottish Youth Parliament beispielsweise Mobilisierungsvideos mit Stimmen junger Menschen und schottischen Comedians produziert, die umfangreich in sozialen Medien genutzt wurden. Die Videos können hier abgerufen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=vdQkk3gQTLU>; <https://www.youtube.com/watch?v=TIVbGkMKPng>.

Zusätzlich bot das SYP an, Kontakte zu offiziellen Institutionen und Entscheidungsträger:innen herzustellen. Politisches Lernen und die Teilhabe von mehr Gruppen wurden dadurch parallel als Ziele verfolgt. Gareth Brown betonte die Wichtigkeit einer partnerschaftlichen Herangehensweise: Die Befähigung durch Workshops wurde ergänzt durch die Bereitstellung von Kanälen zu politischen Entscheidungsträger:innen – was wiederum das SYP selbst stärkte, weil deren Arbeit eine klare Verbindung zu Betroffenengruppen hatte. Die Reichweite des Programms wurde nicht systematisch evaluiert, aber laut Gareth Brown wurde es als sehr erfolgreich angesehen, weil vor allem auch junge Menschen außerhalb der urbanen Zentren in Edinburgh und Glasgow erreicht wurden und Inhalte aus beteiligten Gruppen später in die nationale Kampagnenarbeit des SYP eingeflossen sind (z.B. in deren Equal Marriage Kampagne).

In Estland hat der nationale Jugendrat einen Podcast entwickelt, in dem die Positionen der Parteien für junge Menschen aufbereitet und vorgestellt werden. Brandon Klugman betonte im Interview zusätzlich, dass neben der direkten Wissensgewinnung solche von jungen Menschen für Gleichaltrige erstellten Informationskampagnen auch weitergehende Effekte haben können: Es entsteht ein positiveres Diskursumfeld, da junge Menschen gesamtgesellschaftlich als stärker involviert in Debatten wahrgenommen werden.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Politische Bildung muss auch außerhalb von Schulen stattfinden, idealerweise dort, wo junge Menschen schon eingebunden und vor allem aktiv sind, aber nicht unbedingt vorrangig über Politik nachdenken.
- Informelle politische Bildung sollte vor allem von jungen Menschen für andere junge Menschen konzipiert und durchgeführt werden, um Berührungspunkte zu minimieren und die richtige Ansprache sicherzustellen.
- Die Förderung bestehender Organisationen mit guten Netzwerken ist dabei vielversprechender, als komplett neue Strukturen zu schaffen, vor allem, wenn dafür nur ein begrenzter Zeitraum zur Verfügung steht. Dies gilt auch für dezentral nutzbare Materialien.
- Bei Aktivitäten und der Erstellung von Materialien können Wissenschaftler:innen in unterstützender Funktion wichtige Beiträge leisten, um gute faktische Grundlagen zu sichern und die Seriosität zu erhöhen.

4.3 Selbstwirksamkeit stärken

Die Zusammenarbeit mit lokal verankerten und national ausgerichteten Organisationen hat nicht nur Bedeutung für die politische Bildung, sondern, wie schon in 4.2 angedeutet, ermöglicht jungen Menschen auch neue Zugänge, um politische Ziele zu formulieren und aktiv zu werden. Grundsätzlich ist die Erhöhung der Selbstwirksamkeit ein wichtiger Schritt, um junge Menschen langfristig davon zu überzeugen, dass sich politisches und zivilgesellschaftliches Engagement lohnt. Dabei muss das Ziel nicht immer die nationale Ebene sein. Im Gegenteil, oft lassen sich Wirkungseffekte eher auf lokaler Ebene erreichen, wo die Prozesse überschaubarer sind. Ein erfolgreiches Projekt gibt es dazu in Wien – „Word Up! Jugendparlament“²⁴ –, in dem Schüler:innen eingeladen werden, im Stadtteil in deliberativen Prozessen Infrastrukturverbesserungen vorzuschlagen, die dann auch umgesetzt werden können. Die Initiative, zunächst in einzelnen Stadtteilen angewandt, wird nun erstmals in einem Programm für die ganze Stadt umgesetzt. Junge Menschen bringen Projektvorschläge ein und entscheiden in einem stadtweiten Gremium über den Einsatz von Mitteln in Höhe von bis zu einer Million Euro mit.²⁵

Best Practice | Politische Einbindung Jugendlicher vor Ort: Word Up! Jugendparlamente in Wien

Die „Word Up! Jugendparlamente“ werden von den Jugendzentren der Stadt Wien in mehreren Stadtteilen angeboten. Das Konzept besteht aus einer festen Grundlage und Mindestanforderungen, in deren Kern ein Jugendparlament im Stadtteil steht, sowie der Möglichkeit zu vertiefenden Maßnahmen, die die Wirksamkeit erhöhen können. Die genaue Ausgestaltung und Tiefe der Programmanwendung wird in Kooperation zwischen Bezirksverwaltungen, Schulen und Jugendzentren organisiert. Ziel ist es, dass Jugendliche ihren Bezirk durch demokratische Prozesse aktiv mitgestalten und ihre Wohn- und Lebensumgebung aktiv beeinflussen können. Eingebunden werden die Schüler:innen der 7. und 8. Schulstufen im Bezirk. Als Minimalanforderung werden pro Schulklasse zwei Delegierte in Workshops entsandt, die die Grundlage für Plenarsitzungen aller Delegierten darstellen. Idealerweise werden die zentralen Deliberationen im Jugendparlament zudem durch Maßnahmen in den Schulen und durch klassenbasierte Workshopformate ergänzt. Somit wird die Einbindung von Schüler:innen in der Breite erhöht und die Arbeit der Delegierten in die Klassen rückgekoppelt.

²⁴ Details zum Programm finden sich hier: <https://www.jugendzentren.at/themen-projekte/word-up/>.

²⁵ Zur Ankündigung: <https://www.wien.gv.at/menschen-gesellschaft/wien-for-future.html>

Für die Identifikation möglicher Maßnahmen zur Verbesserung des Umfelds werden Stadtteilbegehungen organisiert. Im Anschluss entwickeln die Schüler:innen Vorschläge und diskutieren diese vertiefend mit Expert:innen aus der städtischen Verwaltung, um die Machbarkeit zu ergründen und Umsetzungsformate zu entwickeln. Maßnahmen können sich auf Verbesserungen in vier Bereichen beziehen: Infrastruktur, Umwelt, Soziales und Jugendkultur. Verwaltungsfachleute helfen die Kosten für Vorhaben zu budgetieren. In der Folge wird mit den Delegierten zum Jugendparlament erörtert, welche Schwerpunkte gesetzt und welche Maßnahmen entsprechend umgesetzt werden. Dazu stehen Gelder bereit, die bei voller Umsetzung des Programms direkt einsetzbar sind. Im Bezirk Leopoldstadt konnte das Jugendparlament am Ende beispielsweise – in einer Art deliberativer Bürger:innenhaushaltsentwicklung – über die Verwendung von 70.000 Euro entscheiden.

Wichtig ist bei solchen Angeboten, dass nicht nur bereits politisch aktive, junge Menschen involviert sind. Daher gilt es den gleichen Ansatz wie in 4.2 umzusetzen, also junge Menschen idealerweise dort zu involvieren, wo sie schon sind, selbst wenn dies Strukturen sind, die sich nicht primär mit politischer Beteiligung beschäftigen (z. B. Sportclubs, Jugendgruppen etc.). Schule kann hier auch als Ort eine Rolle spielen. Demokratische Mitbestimmungsprozesse in der Schule können wichtige Impulse für die Erfahrung mit Demokratie geben, aber nur, wenn die Meinungsbildung von Schüler:innen das Schulgeschehen auch tatsächlich in einer Weise beeinflusst, die über Entscheidungen wie der Gestaltung von Schulfesten hinausgeht. Wenn junge Menschen tatsächlich das Gefühl haben, dass sie die Schule als Ort mitgestalten können, kann dies positive Selbstwirksamkeitseffekte haben, betonte Guro Ødegard aus ihrer Erfahrung in Norwegen. Ein Beispiel bietet auch die schwedische Gemeinde Södertälje, in der Schülervertreter:innen in den Leitungsgremien der weiterführenden Schulen die Mehrheit bilden und somit über alles Schulrelevante – wie Teile des Budgets, Neueinstellungen, Ferientermine und Grundsätze – maßgeblich mitentscheiden (Bäckermann & Trafford 2007).

Nationale Jugendorganisationen, die über Schüler:innenvertretungen hinausgehen, können sowohl innerhalb als auch außerhalb des Schulumfelds unterstützend wirken. Ähnlich wie bei der Befähigung in der Kampagnenphase (s. 3.2) können Förderungs- und Workshopangebote zur Etablierung neuer Praktiken gemacht werden. Die Wahrscheinlichkeit einer positiven Wirkung ist auch hier wieder höher, wenn Initiativen mit jungen Leuten selbst entwickelt werden. So bietet der Jugendrat in Estland beispielsweise Beratungen und Seminare in vielerlei Bereichen an, aber auch die günstige Ausleihe etwa von Technik für Veranstaltungen.²⁶

²⁶ Eine englischsprachige Kurzübersicht findet sich hier: <https://enl.ee/en/services/>.

Aus diesem Grund sind Experimente zur Wahlaltersenkung als Erprobungen wie in Norwegen oder Belgien zwar wissenschaftlich interessant, aber nicht unbedingt zielführend, um die Selbstwirksamkeit zu erhöhen. Jungen Menschen ist sehr bewusst, wenn sie „nur“ zur Probe teilnehmen können und ihre Wahlentscheidungen keine Aussicht auf Umsetzung in der politischen Arbeit finden. So erklärt Experte Dieter Stiers, warum Probewahlen in der belgischen Stadt Gent nur einen geringfügig messbaren Effekt auf das politische Interesse und Wahlverhalten der teilnehmenden Jugendlichen hatten. Von Experimenten kann in Bezug auf die Selbstwirksamkeit nicht die gleiche Wirkung erwartet werden wie bei einer richtigen Wahl. Während der Prozess des Wählens „geübt“ wird, wird die eigene Wirksamkeit nicht in der Praxis reflektiert.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Junge Menschen müssen in echte Entscheidungsprozesse eingebunden sein, um Selbstwirksamkeit zu erfahren. Die Wahlaltersenkung schafft dies auf der Makroebene, aber wünschenswert sind weitere Möglichkeiten, die das eigene, etwa lokale Lebensumfeld betreffen.
- Schule kann ein Ort sein, an dem sich Selbstwirksamkeit erfahren lässt. Dafür müssen junge Menschen direkt Einfluss auf ihre Schule als Lebensort nehmen können, mit Entscheidungsfreiheiten und spürbaren Ergebnissen.
- Kommunale Initiativen wie ein Jugend-Bürger:innenhaushalt können ebenso die Erfahrung von Selbstwirksamkeit bieten. Wichtig ist hierbei, junge Menschen in der Breite einzubeziehen und Ergebnisse zu erreichen.
- Die Zusammenarbeit mit lokalen und nationalen Jugendorganisationen bietet Möglichkeiten, junge Menschen dort einzubinden, wo sie schon aktiv sind, und ist vielversprechend, wenn Aktivitäten und Konzepte von anderen jungen Menschen mitkonzipiert und umgesetzt werden.

4.4 Mit Parteien und über Parteigrenzen hinweg arbeiten

Auch über die Kampagnenarbeit (s. 3.5) hinaus ist es erstrebenswert, aktiv mit Parteien über das politische Spektrum hinweg zusammenzuarbeiten. Ziel ist, Parteien davon zu überzeugen, dass eine spezifische Interaktion mit jungen Menschen für sie selbst zweckdienlich ist. Die Wahlaltersenkung bietet dazu eine gute Gelegenheit, da eine zusätzliche Gruppe neuer Wähler:innen aktiviert werden kann, die unter Umständen Multiplikationseffekte übernehmen (s. 3.5).

Insbesondere überparteiliche nationale Organisationen können die Zusammenarbeit stärken und somit Parteien als wichtige Akteurinnen zugänglicher für junge Leute machen. Im schottischen Unabhängigkeitsreferendum hatte das Scottish Youth Parliament beispielsweise darauf hingewirkt, dass die Kampagnen ihre Positionsdokumente jungen Menschen zugänglicher machen – was laut Gareth Brown unter anderem zur Organisation einer Großveranstaltung mit hunderten junger Menschen führte, auf der die schottische Regierung ihr „White Paper“ zum Referendum vorstellte und diskutierte. Das Gute an solchen Initiativen ist, dass die Aktionen einzelne andere Parteien unter Zugzwang setzen und so die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Angebote über das Parteienspektrum hinweg an junge Menschen kommuniziert werden. Für alle Parteien ist die Arbeit sinnvoll, nicht nur um Positionen in die Bevölkerung zu tragen, sondern weil durch solche Aktivitäten auch die Wahrscheinlichkeit steigt, junge Menschen als Mitglieder zu gewinnen (wie beispielsweise Guro Ødegard in Norwegen beobachtete).

Zudem können durch solche Initiativen neben der Herausarbeitung von Parteiunterschieden auch Konsensstandpunkte etabliert werden, wie zum Beispiel die Förderwürdigkeit von Jugendbeteiligung insgesamt. Das geschah laut Thomas Loughran in Wales, wo sich mehrere Parteien mit ihrer Unterstützung der Wahlrechtsreform als Unterstützer:innen von Kinderrechten profilierten. Dieser Konsens über Parteigrenzen hinweg machte es für Regierung und Administration leichter, die Reform umzusetzen (s. auch 4.5), etwa indem Gelder für die Ansprache und Registrierung junger Wähler:innen bereitgestellt wurden. Solche Schritte können helfen, Prozessverbesserungen zu etablieren, vor allem, wenn offizielle Stellen im öffentlichen Dienst eingebunden werden, um überparteiliche Konsensentscheidungen umzusetzen.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Die überparteiliche Zusammenarbeit mit politischen Parteien sollte von nationalen Jugendorganisationen etabliert werden, um Parteien ihren eigenen Nutzen eines stärkeren Engagements von jungen Menschen klarzumachen.
- Die Entwicklung speziell auf junge Menschen zugeschnittener Materialien in der Kampagnenkommunikation kann sehr hilfreich sein.
- Stärker in solche Arbeit zu investieren, kann für Parteien nützlich bei der Mitgliederwerbung sein.

4.5 Mit Durchführungsorganen zusammenarbeiten und Änderung „zelebrieren“

Neben der Rolle von Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird die Kooperation mit offiziellen durchführenden Institutionen wie etwa Wahlkommissionen oder Wahlleiter:innen häufig übersehen. Dabei sind dies oft entscheidende Akteur:innen, die wichtige Beiträge für einen guten Zugang junger Menschen zu Wahlen leisten können. Die Einbindung offizieller Institutionen (z. B. Wahlkommissionen) kann helfen, eine hohe Legitimität zu erzeugen und die ordentliche Durchführung (z. B. bei Registrierungen) zu maximieren (z. B. USA, Wales).

Vor allem bei der ersten Wahl nach einer Wahlaltersenkung kann die Aufmerksamkeit besonders hoch sein. Misserfolge, weil beispielsweise Registrierungsprozesse nicht schnell genug aufgebaut werden können (wie bei der schnellen Umsetzung in Wales), sollten daher vermieden werden. Über den Ablauf selbst können aber offizielle Durchführungsorgane auch die Legitimität der Beteiligung junger Menschen erhöhen, wenn sie die Prozesse für deren Teilnahme als Schwerpunkt öffentlich thematisieren. Das ist besonders wichtig, wenn die Wahlaltersenkung selbst kontrovers war oder die politische Debatte stark polarisiert ist – wie etwa in den USA, wo Josh Douglas die Einbeziehung offizieller Stellen als entscheidend für die Überbrückung politischer Differenzen betont. Brandon Klugman unterstützte diesen Ansatz in seinem Interview ebenfalls. Darüber hinaus zeigte er auf, wie die Teilnahme 16- und 17-Jähriger als besondere – erstmalige – Erfahrung auch gewürdigt werden soll. In einigen der Kommunen in Maryland, wo die Wahlaltersenkung durchgesetzt wurde, organisierten die Bürgermeister:innen beispielsweise entsprechende Aktivitäten dazu.²⁷

²⁷ Eine kurze Fallstudie über die Begleitprozesse der Wahlaltersenkung in Maryland findet sich hier: <https://vote16usa.org/wp-content/uploads/2020/04/Final-MD-Case-Study.pdf>.

Best Practice | Die Wahlaltersenkung (und in Folge die erste Wahl 16- und 17-Jähriger) als besonderes Ereignis würdigen: Takoma Park

In Takoma Park, der ersten Stadt in den USA, in der das Wahlalter 2013 gesenkt wurde, organisierte die Lokalregierung solche Initiativen. Um auf die jungen Erstwähler:innen aufmerksam zu machen, waren zum einen Kampagnen in den lokalen Netzwerken und in sozialen Medien und zum anderen besondere Momente in Wahltagsveranstaltungen Bestandteil der Aktivitäten. Dies wurde zunächst für die Erstwahlen mit 16- und 17-Jährigen umgesetzt, aber auch 2015 wiederholt und somit das Herausstellen der Erstwählerfahrung verstetigt. In Veranstaltungen sollte auch die Barriere zur Auseinandersetzung mit Politik abgebaut werden. So organisierte die damalige Bürgermeisterin von Takoma Park, Kate Stewart, beispielsweise eine Veranstaltung, in der die Bands der lokalen Highschool auftraten und gleichzeitig Lokalpolitiker:innen für den Austausch mit jungen Menschen bereitstanden. Zusätzlich trug sie Informationen in die Offline-Foren junger Menschen, etwa durch Kampagnenanzeigen in der Schüler:innenzeitung. Den verstärkten Fokus auf 16- und 17-Jährige untermauerte die Bürgermeisterin weiterhin, indem sie einen 17-jährigen Kampagnenmanager für die Wahlen 2015 einsetzte. Das spiegelte sich auch im Ergebnis wider: Während die Wahlbeteiligung der Bevölkerung insgesamt bei 21 Prozent lag, betrug sie bei den 16- 17-Jährigen rund 45 Prozent.

Solche Zelebrierungen dürfen jedoch nicht die tatsächliche Praxis ersetzen. Während eine erhöhte Aufmerksamkeit und ein Pioniereffekt tatsächlich positive Anschläge geben können (Zeglovits & Aichholzer 2014), ist es wichtig, dass die Wahl für junge Menschen gut funktioniert. Dabei spielt vor allem die Selbstwirksamkeit (s. 4.3) eine entscheidende Rolle.

Funktionierende Prozesse sind ebenfalls wichtig, was aber nicht unbedingt bedeutet, dass es darum geht, ob Wahlen an bestimmten Orten oder Tagen stattfinden oder nicht. Die Evidenz zur Frage, wie sehr der Wahlort und die Wahlzeit einen Einfluss darauf haben, ob 16- oder 17-Jährige verstärkt teilnehmen, allein reicht nicht aus, um sie definitiv zu beantworten. In den USA gibt es Aktionen, die darauf hindeuten, dass Schule und Universität als Ort der Wähler:innenregistrierung auch zu einer erhöhten Wahlbeteiligung beitragen können, indem sie das politische Interesse junger Menschen erhöhen.²⁸

²⁸ Wie z.B. hier besprochen: <https://www.studentvoting.org/>. Siehe auch Ulbig & Waggener, 2011.

In Wales gab es bei der Kommunalwahl 2022 ein Pilotprojekt, das jungen Menschen die Stimmabgabe in Schulen ermöglichte und als positiv bewertet wurde.²⁹ Für die Gesamtbevölkerung aber gilt, dass die genauen Wahlmodalitäten wie Wahlort oder Wahltag die Wahlbereitschaft von Bürger:innen nicht substantiell beeinflussen.

Vielmehr zeigt die detaillierte Beobachtung der Wahlaltersenkung in Wales, dass für die große Masse der jungen Menschen die entscheidenden Hürden weit vor dem Wahltag – statt am Wahltag und im Wahlumfeld selbst – lagen. So scheiterten mehr junge Menschen daran, dass sie nichts von der Wahlrechtsreform oder gar von der Wahl wussten, weil beides nicht in der Schule oder zu Hause besprochen wurde, oder daran, dass ihnen die notwendigen Informationen zu den politischen Parteien und deren Programmen für eine selbstbewusste Wahlentscheidung fehlten, als am Wahlakt selbst. In Bezug auf die soziale Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung aber können Wahllokale in Schulen – wenn sie mit entsprechenden Bildungsmaßnahmen begleitet werden – einen geringfügigen Unterschied machen: indem sie eventuell diejenigen zum Wählen animieren, denen es ohne ein politisiertes familiäres Umfeld an der Motivation und dem nötigen Ansporn fehlt, zur Wahl zu gehen. Diese These soll in Wales demnächst untersucht werden.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Es ist wichtig, mit durchführenden Institutionen (wie Wahlkommissionen) aktiv zusammenzuarbeiten. Dies kann besonders in politisch polarisierten Debatten helfen, überparteiliche Initiativen wie Wahlbeteiligungskampagnen institutionell zu verankern.
- Die erste Wahl nach einer Senkung des Wahlalters kann als besonderer Moment zelebriert werden, um Aufmerksamkeit auf die Beteiligung junger Menschen zu lenken, darf aber nicht als Ersatz für tatsächliche Beteiligungsarbeit gesehen werden.
- Nach aktuellem Stand der Forschung scheinen die wahrgenommene Selbstwirksamkeit und assoziierte Faktoren einen wichtigeren Einfluss auf die Wahlbeteiligung junger Menschen zu haben als spezifische Wahlmodalitäten. Die Forschung hierzu ist allerdings unvollständig.

²⁹ Schülerinnen und Schüler der Modellschulen bewerteten die Möglichkeit, früher und in ihrer Schule zu wählen, durchweg als positiv und nutzten sie in höherem Ausmaß als Bürgerinnen und Bürger, die Zugang zu anderen Modellversuchen hatten. Die absolute Anzahl junger Wählerinnen und Wähler an den beteiligten Modellschulen in Wales war allerdings zu gering, um daraus weiterreichende Rückschlüsse für eine Einführung des Wählens im Schulalltag zu ziehen. So schlussfolgerte die walisische Wahlrechtskommission in ihrem Abschlussbericht zum Modellprojekt: <https://www.electoralcommission.org.uk/who-we-are-and-what-we-do/our-views-and-research/our-research/advance-voting-pilots-evaluation>

4.6 Mit etablierten und sozialen Medien arbeiten

Soziale als auch traditionelle Medien können in der politischen Arbeit mit jungen Menschen genutzt werden, aber auf unterschiedliche Weise. Soziale Medien dienen vor allem der direkten Mobilisierung im Sinne von Informationskampagnen (z. B. mit oben genannten Materialien von Jugendorganisationen, s. 4.2) oder dem Aufruf zur Beteiligung an bestimmten Aktionen. Um Reichweiten zu erhöhen, können dabei Kooperationen mit Plattformen sinnvoll sein. Das Scottish Youth Parliament hat beispielsweise in den Tagen vor der Volksabstimmung mit Twitter kooperiert. Dadurch hat ihr Kampagnenhashtag kostenlos eine Trending-Garantie erhalten und so die Reichweite der Kommunikation deutlich gestärkt. Auch in Wales gab es teilweise erfolgreiche Mobilisierungskampagnen auf Instagram und TikTok.³⁰ Als wichtig stellt sich dabei heraus, dass Plattformen genutzt werden, auf denen junge Menschen sowieso schon aktiv sind oder deren Relevanz im Kontext von Wahlen erwiesen ist (in Deutschland etwa der Wahl-O-Mat). Das Etablieren neuer Apps oder Plattformen ist weniger erfolgversprechend, da oft nicht die nötige Reichweite erzielt werden kann.

Auch die Zusammenarbeit mit traditionellen Medien spielt eine wichtige Rolle, weil die Präsenz junger Menschen dort nicht nur die Sichtbarkeit steigert, was Einfluss auf ihre Selbstwirksamkeit haben kann, sondern auch einen Beitrag dazu leistet, dass die Menschen in öffentlichen Debatten stärker wahrgenommen werden. Die Inhalte klassischer Medien finden sich auch oft für junge Leute in den sozialen Medien wieder (z. B. werden Tagesschau-Inhalte für verschiedene Plattformen wie Instagram oder TikTok aufbereitet). Die Zusammenarbeit mit Medienvertreter:innen ist unter anderem auch deshalb wichtig, weil sie Jugendorganisationen bei der Umsetzung von Kampagnen über bestehende Plattformen gezielt unterstützen können. Trends vor allem in sozialen Medien entwickeln sich heute schneller, als sich Mitarbeitende von Jugendorganisationen damit beschäftigen können, weil diese oft keine ausreichenden Kapazitäten haben, sich mit neuen Trends für erfolgreiche Kampagnen auseinanderzusetzen.

Auch das gezielte Einbeziehen von Jugendlichen in die Medienarbeit über sogenannte Peer-to-Peer-Lösungen kann hier Abhilfe schaffen.³¹ Während die Wahlaltersenkung in Wales zum Beispiel von einer Vielzahl verschiedener Social-Media-Kampagnen begleitet wurde, schnitten zwei Peer-to-Peer-Kampagnen am erfolgreichsten ab. Die #MakeYourMark21-Kampagne, die sich an junge Menschen ethnischer Minderheiten wandte, und #Our-Moment, eine Kampagne des Jugendbeirats im Dachverband Youth Cymru, erreichten mit Posts

³⁰ Beispielsweise die #MakeYourMark21-Kampagne, die vor allem walisische Jugendliche ethnischer Minderheiten zum Wählen aufrief: <https://www.instagram.com/makeyourmark21/>

³¹ Wie zum Beispiel in Wales das Projekt Democracy Box in Zusammenarbeit mit BBC Bitesize: <https://www.bbc.co.uk/bitesize/topics/z4pr3j6/articles/z78ntrd>

von jungen Menschen auf Instagram, TikTok, Facebook und Twitter – etwa zum Wahlablauf und zu politischen Themen – gezielt und am erfolgreichsten Gleichaltrige. Jugendliche reflektierten nach der Wahl, dass die Kampagnen nicht nur jugendgerecht kommuniziert hatten, indem sie zum Beispiel das schwierige Thema Wählen in angemessener Sprache her-unterbrachen, sondern dass sie vor allem junge Menschen und deren Themen im Diskurs sichtbar gemacht hatten.

Die unterstützenden und koordinierenden Jugendorganisationen dagegen berichteten, dass es bei der Planung von Peer-to-Peer-Kampagnen unabdingbar ist, für ausreichend Zeit und Unterstützung in der Durchführung zu sorgen und andere Verpflichtungen (Schule, Prüfungen, Zeitmangel) der Jugendlichen im Blick zu behalten. Eine Zusammenarbeit solcher Kampagnen mit professionellen Medienschaffenden, die es so in Wales nicht gab, ist daher besonders aussichtsreich.

Wichtig ist vor allem, dass junge Menschen dabei nicht nur zu sogenannten „Jugendthemen“ befragt werden, sondern ihre Meinungen als Beiträge zur politischen Debatte insgesamt betrachtet werden, denn junge Menschen setzen ähnliche Themenprioritäten wie der Rest der Bevölkerung. Aus diesem Grund hat die norwegische Tageszeitung *Aftenposten* beispielsweise eine tägliche Kolumne eingeführt, in der junge Leute über ein aktuelles Thema zu Wort kommen.³² BBC Scotland hatte aufgrund des Mangels an jungen Menschen für Beiträge das „Generation 2014 Panel“³³ etabliert, in dem junge Menschen aus ganz Schottland regelmäßig für Beiträge ins Hauptprogramm angefragt werden konnten. Der Erfolg des schottischen Projekts führte dann für die Unterhauswahl 2015³⁴ und das Brexit-Referendum 2016 zur Umsetzung ähnlicher Konzepte in der BBC insgesamt. Sie wurden in der Konzipierung von Wissenschaftler:innen³⁵ und Aktivist:innen³⁶ beraten, um die Wirkungskraft zu erhöhen. Die Initiative war ein großer Erfolg und mündete in der Entscheidung, die letzte Fernsehdebatte vor dem Referendum mit einem fragstellenden Publikum von ausschließlich 16- und 17-Jährigen durchzuführen („The Big, Big Debate“).

Was passiert, wenn weder soziale noch traditionelle Medien in die Umsetzung von Wahlrechtsreformen eingebunden sind, zeigt das Beispiel Wales. Die walisische Medienlandschaft – vornehmlich aus London bespielt und mit wenigen spezifisch walisischen Nachrichten – hat es zur Einführung vom Wählen ab 16 verpasst, über das Thema zu berichten. Expertin Jessica Blair sah sich einen Monat vor der Wahl gezwungen, mit einem offenen Brief selbst

³² Die aktuellen Beiträge der Kolumne können hier abgerufen werden: <https://www.aftenposten.no/meninger/sid>.

³³ Eine Übersicht zur Initiative findet sich hier: <https://www.bbc.co.uk/programmes/p01gf7rb>.

³⁴ Eine Übersicht der Beiträge findet sich hier: <https://www.bbc.co.uk/news/uk-31854312>.

³⁵ Insbesondere Jan Eichhorn, Co-Autor dieses Berichts.

³⁶ Insbesondere das Scottish Youth Parliament.

zur Berichterstattung beizutragen.³⁷ Aufgrund mangelnder Präsenz des Themas Wählen ab 16 in den Medien sagten viele junge Menschen in Wales, dass sie oder Freunde teilweise gar nicht oder erst zu spät davon erfahren hatten oder daran erinnert wurden, dass sie wählen dürfen. So wurde es verpasst, vor allem die jungen Menschen zu mobilisieren, die sich eher weniger für Politik interessieren, die aber durchaus hätten erreicht werden können.

Best Practice | Junge Menschen in Medien präsenter machen: Das BBC Scotland Generation 2014 Panel

Im Zuge der Diskussionen zur Wahlaltersenkung wurde 2012 innerhalb der BBC Scotland-Anstalten nachgedacht, wie das Thema in der Berichterstattung zum Unabhängigkeitsreferendum in eigenen Sendungen beleuchtet werden könnte. Involviert waren vor allem zwei Produzenten, David Stenhouse und Dave Howard, die Erfahrung in der Berichterstattung zu Jugendthemen hatten. Bei der Planung stellten sie fest, dass in den Verzeichnissen möglicher Gesprächspartner:innen für Fernseh- und Radioprogramme kaum junge Menschen vorkamen. Es wäre ihnen also schwergefallen Beiträge zu erstellen, in denen die Perspektiven junger Menschen wiedergespiegelt werden konnten. Vor allem war die Sorge groß, dass Ad-hoc-Rekrutierungen dazu geführt hätten, dass die Perspektive wenig stark in der Breite der Sendungen verankert würde und nur leicht erreichbare junge Menschen in den Programmen vorkämen. Daher wurden über einen öffentlichen Rekrutierungsprozess fünfzig 16- und 17-Jährige ausgewählt, die das „Generation 2014“-Panel bildeten.

Das Panel war nach Geschlecht gleichmäßig aufgeteilt, berücksichtigte die Einbindung von jungen Menschen aus allen, auch eher abgelegenen Regionen Schottlands und bezog Minderheiten (z. B. junge Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund) zielorientiert ein. Das Panel wurde auf zweierlei Weise genutzt: Zum einen wurden die jungen Menschen mehrmals physisch im BBC Scotland Studio in Glasgow zusammengebracht, um Inputs für die Produzenten und deren Programmideen zu geben. Gleichzeitig bildete das Panel zu solchen Anlässen auch ein Publikum für Sonderproduktionen, wie etwa eine TV-Debatte zwischen Politiker:innen, in denen die jungen Menschen die Fragen stellten. Zum anderen wurden junge Menschen aus dem Panel regelmäßig in Programme der BBC als Diskutant:innen eingebunden, um ihre Perspektiven im Standardprogramm häufiger zu etablieren. Dabei wurde ein Hauptaugenmerk darauf gelegt, dass sie nicht nur zu „Jugendthemen“, sondern zu allen politischen Debatten gefragt wurden.

³⁷ Hier einsehbar: <https://www.bbc.com/news/uk-wales-56148364>

Die Qualitätssicherung und Akzeptanz des Panels innerhalb der BBC und extern wurde realisiert durch die Einbindung akademischer Expert:innen (vor allem Dr. Jan Eichhorn) und Vertreter:innen von Jugendorganisationen (wie dem Scottish Youth Parliament) in die Konzeption von Veranstaltungen und Programmen mit den Jugendlichen.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Soziale und traditionelle Medien können aktiv genutzt werden, sollten aber zielgerichtet auf ihre jeweiligen Stärken hin ausgerichtet werden.
- Soziale Medien können vor allem hilfreich sein für Informations- und Mobilisierungskampagnen. Die Zusammenarbeit mit etablierten Diensten kann dabei unterstützend wirken.
- In der Zusammenarbeit mit traditionellen Medien ist eine proaktive Herangehensweise zielführend. Statt die Berichterstattung passiv zu erwarten, sollten Strukturen für die Integration der Stimmen junger Menschen in den Mainstream etabliert werden. Mit Unterstützung von Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen können dazu für Print- und Rundfunkmedien verstetigende Modelle und Strukturen geschaffen werden, die auf den positiven Erfahrungen aus anderen Ländern, beispielsweise Norwegen und dem Vereinigten Königreich, aufbauen.

4.7 Generationengerechtigkeit und retroaktive Sozialisation

Junge Menschen, die wählen, haben das Potenzial, politische Diskussionen innerhalb der Familie/des Haushalts zu beeinflussen und so eine andere Dynamik in diese Debatten zu bringen. Erste Ergebnisse laufender Forschung von Sarah de Lange und Linet Durmuşođlu in den Niederlanden zeigen, dass der Effekt der retroaktiven Sozialisation im Vergleich zum Einfluss von Eltern auf Kinder geringer und insbesondere nur für bestimmte Themen bemerkbar ist – vor allem für solche, bei denen junge und ältere Menschen eher unterschiedlicher Meinung sind, zum Beispiel beim Thema Migration und bei Einstellungen zur europäischen Integration (Durmuşođlu et al. 2023).

Durch diesen Einfluss junger Wähler:innen auf Eltern und auch Großeltern zu bestimmten politischen Themen können Debatten zum Wählen ab 16 mit gesamtgesellschaftlichen Fragen zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen verbunden werden. Wenn junge Menschen im Alter von 16 und 17 Jahren bereits aktiv an Wahlen teilnehmen dürfen, während sie vielfach noch zu Hause bei den Eltern leben, kann es vermehrt zu Gesprächen über politische Themen und zu ebendiesem Prozess der retroaktiven Beeinflussung kommen. Beide Prozesse beeinflussen sich möglicherweise positiv, sodass sowohl das Wählen ab 16

als auch Fragen der Generationengerechtigkeit und die politischen Stimmen junger Menschen gesamtgesellschaftlich an Bedeutung gewinnen. Das kann vor allem dann geschehen, wenn Projekte den Austausch zwischen Jugendlichen und Eltern sowie auch Großeltern und Gespräche über Politik im Haushalt explizit fördern. Dazu fehlt es allerdings noch an belastbarer Evidenz oder Beispielen aus der Praxis.

Im Gegenzug zu möglichen positiven Effekten im Zusammenhang mit Debatten zur Generationengerechtigkeit zeigen die Ergebnisse von Sarah de Lange und Linet Durmuşoğlu allerdings auch, dass der Einfluss junger Menschen auf Eltern vor allem für solche gilt, die eher schon politisch interessiert und engagiert sind. Die retroaktive Sozialisation könnte somit bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärken, da sich der Prozess auf Familien beschränkt, die tendenziell eher politisch engagiert sind. Der Effekt war laut Durmuşoğlu allerdings nicht primärer Fokus ihrer Studie. Daher sollten weitere Untersuchungen diesen Aspekt der retroaktiven Sozialisation genauer in den Blick nehmen.

Übertragbare Praxiserkenntnisse:

- Prozesse der retroaktiven Sozialisation sollten weiter erforscht werden, vor allem der Zusammenhang zwischen Gesprächen in der Familie und bestehenden Ungleichheiten bei der politischen Beteiligung, die sich innerhalb von Familien replizieren.
- Praxisbeispiele können erarbeitet werden, die erproben, wie politische Gespräche zwischen jungen Menschen und Eltern/Großeltern sich explizit fördern lassen, zum Beispiel im Kontext Schule.
- Um zu testen, welcher gesamtgesellschaftliche Effekt entsteht, können Argumente zum Wählen ab 16 im politischen Diskurs, etwa über Meinungsbeiträge in Tageszeitungen, mit Diskussionen zur Generationengerechtigkeit verbunden werden.

5 Fehlende Erkenntnisse und nötige Forschung

Aus den Praxiserfahrungen und Gesprächen mit Expert:innen ergeben sich eine Reihe von Erkenntnissen, wie Kampagnen zum Wählen mit 16 erfolgreich geführt werden können und was bei der Umsetzung von Wahlrechtsreformen wichtig ist. Die Erfahrungen und Gespräche verdeutlichen aber auch, wo Lücken in der Evidenz zur erfolgreichen Einführung vom Wählen ab 16 bestehen und welche Forschungsansätze die Expert:innen für vielversprechend und notwendig halten, um Erfolgsfaktoren für die Beteiligung junger Menschen an Wahlen abzuleiten.

5.1 Wissenslücken

Die bestehende Forschung aus den verschiedenen Ländern gibt Einblicke, die vor zehn Jahren nicht verfügbar waren. Viele der Grundfragen zur Wahlaltersenkung müssen nicht mehr spekulativ oder auf Basis von Daten zu älteren jungen Menschen beantwortet werden. Gleichzeitig gibt es aber auch noch Erkenntnislücken, die durch bestehende Forschung nicht abgedeckt sind. Laut Interviewten und im Rückblick auf die Literatur betrifft dies vor allem folgende Bereiche:

Individualebene

- **Systematische internationale Vergleiche:** Alle bestehenden Forschungsprojekte sind bisher immer innerhalb einzelner Länder durchgeführt worden. Während ein Austausch zwischen Wissenschaftler:innen seit einigen Jahren stattfindet, werden viele Projekte bisher oft ad hoc organisiert und finanziert. In der Folge ist die Vergleichbarkeit bestimmter Ergebnisse teils begrenzt, weil Forschungsmethoden nicht identisch sind und die Untersuchungen unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Dadurch ist es beispielsweise schwer zu sagen, welche national-systemischen Faktoren genau die erfolgreiche Durchführung der Wahlaltersenkung begünstigen. Während gewisse Bedingungsfaktoren in mehreren Ländern erkannt wurden, gibt es bisher keinerlei Studien, die vor allem verschiedene Ebenen (lokal, national etc.) direkt miteinander vergleichbar machen würden.
- **Nachhaltigkeit von Erstwähler:inneneffekten:** Viele Erhebungen sind Querschnittstudien, die oft zeitnah zur Einführung von Wahlaltersenkungen durchgeführt wurden. Während sie wertvolle Einblicke in die ersten Erfahrungen und die Umsetzungstärke der Einführung bieten, können sie Fragen zur Habitualisierung nicht beantworten. Bisher gibt es nur wenige belastbare Studien, die längerfristige Effekte empirisch fundiert untersuchen können. Diese basieren in der Regel auf Kohorten-Vergleichen, wie in Österreich (Aichholzer & Kritzinger 2020) oder im Vergleich (Franklin 2020). Allerdings fehlen sowohl quantitativ als auch qualitativ longitudinale Panel-Studien. Dabei können Veränderungen über relativ kurze Zeiträume in der Lebensphase 16 bis 20 beobachtet und untersucht werden, wie wir aus qualitativen Eindrücken in Schottland lernen können (Huebner 2021).
- **Verteilungseffekte und Ungleichheit:** Der Großteil bestehender Projekte legte bisher einen Fokus auf Durchschnittsvergleiche. Fragestellungen betrafen vor allem die Höhe möglicher Beteiligung, die Spannbreite an Informationsquellen und die Stärke von Interaktionen mit anderen Personengruppen. Weniger oft wurde die Frage nach Verteilungen gestellt, also welche Gruppen junger Leute eventuell mehr oder weniger höhere Beteiligungstendenzen aufweisen. Das liegt teilweise an begrenzten Stichprobengrößen oder fehlenden Informationen (wie der sozialen Schicht der Eltern). Wenn solche Daten jedoch verfügbar sind, sehen wir, dass es möglicherweise signifikante Verteilungseffekte geben könnte, sofern Wahlaltersenkungen gut umgesetzt werden (Huebner & Eichhorn 2020). Klare Antworten können jedoch auf Basis der bestehenden Datenlage nicht

gegeben werden. Insbesondere Forschung mit einem Fokus auf Ungleichheit nach sozialer Klasse, aber auch unter Berücksichtigung von Migrationsgeschichten würden hier besondere Beiträge leisten. Barrieren im letzteren Bereich wurden beispielsweise aktuell in einem Bericht detailliert beleuchtet (Dege et al. 2021)³⁸.

Bildungseffekte

- **Relative Wirksamkeit schulischer Maßnahmen:** Die Forschung hat gezeigt, dass schulische Bildung, vor allem unter Einbeziehung diskursiver Elemente, positive Effekte auf zivilgesellschaftliche Einstellungen und politische Beteiligung haben kann. Die Wirkung kann im Kontext der Wahlaltersenkung unter Umständen verstärkt werden – zumindest gibt es hierfür Anzeichen aus mehreren Ländern (wobei eine systematische, vergleichende Untersuchung hilfreich wäre, um dies zu konkretisieren). Selten wird in der Forschung bisher jedoch klar differenziert untersucht, welche schulischen Maßnahmen (innerhalb und außerhalb des Unterrichts) die stärksten Wirkungen entfalten. Entweder werden Maßnahmen kaum ausdifferenziert oder nur bestimmte Projekte werden evaluiert. Eine systematische Untersuchung fehlt jedoch, vor allem im Kontext von Wahlaltersenkungen.
- **Absolute und relative Wirksamkeit informeller Bildungsformate:** Der Großteil der Forschung zu politischer Bildung bezieht sich bisher auf die Schulen. Die Interviewten in diesem Projekt haben aber klar die Forschung untermauert, die nicht schulischen Bildungsmaßnahmen, etwa in der Jugendarbeit, eine starke zusätzliche Wirkung zuschreibt. Wenige Projekte haben bisher systematisch den tatsächlichen Effekt auf Beteiligungs-niveaus erhoben. Zusätzlich fehlen, wie auch bei schulischen Maßnahmen, Studien, die systematisch die relative Wirksamkeit verschiedener Formate untersuchen.

Organisations- und Institutionsperspektiven

- **Reaktionen von Parteien und staatlichen Institutionen:** Die bestehende Forschung hat klar aufgezeigt, dass die Rolle von Parteien und anderen politischen Institutionen wichtig für die Frage ist, wie junge Menschen politisch eingebunden werden und welchen Stellenwert sie in der politischen Debatte erhalten. Doch nur wenig Forschung hat sich bisher die Reaktionen von Parteien und Politiker:innen systematisch angesehen. Wir wissen kaum, ob politische Entscheidungsträger:innen die Einstellungen junger Menschen korrekt einschätzen oder nicht und dementsprechend Maßnahmen sinnvoll sein könnten, die sich an solche Institutionen wenden, um deren Bewusstsein zu erhöhen.

³⁸ Die Forschung ist Bestandteil des Projekts „Wer kann mitmachen“, in dem d|part untersucht, welche Barrieren Menschen mit Migrationsgeschichten in der politischen Beteiligung erleben. Alle Details zum Projekt können hier abgerufen werden: <https://dpart.org/de/wer-kann-mitmachen/>

- **Einfluss von Partei- und anderen Jugendorganisationen:** Die Bedeutung der Rolle von Jugendorganisationen für die Interaktion zwischen jungen Menschen und politischen Parteien konnte in einigen Ländern deutlich gezeigt werden. Bisher wurde aber nicht systematisch untersucht, wie genau externe Jugendorganisationen auf die Jugendorganisationen von Parteien einwirken oder sogar mit ihnen kooperieren und wie dann Parteiorganisationen auf die Parteien insgesamt einwirken – vor allem im Kontext des Potenzials einer Wahlaltersenkung.

5.2 Forschungsansätze

Um die oben genannten offenen Fragen untersuchen zu können, wären folgende methodische Ansätze hilfreich, die in Kombination für mehrere Fragestellungen parallel dienlich sein können:

- **Quantitative longitudinale Forschung:** Um zu ergründen, wie sich die Habitualisierung von 16- bis 17-jährigen Erstwähler:innen entwickelt, wäre es sinnvoll, dies explizit durch eine Panel-Studie über einen Zeitraum von fünf Jahren zu erforschen (um einen kompletten Wahlzyklus abzubilden). Bei der Einführung einer Wahlaltersenkung in Deutschland würde sich außerdem die Möglichkeit einer expliziten Pre-post-Studie ergeben, deren Umsetzung enorm wichtige Einblicke geben könnte.
- **Natürliche Experimentalansätze:** Die aktuelle Wahlrechtssituation in Deutschland könnte für eine Studie, die ein annähernd natürliches Experiment darstellen würde, ideal genutzt werden. Analog zu Vergleichen schottischer 16- und 17-Jähriger nach der Wahlaltersenkung mit gleichaltrigen Nichtwahlberechtigten im Rest des Vereinigten Königreichs (Eichhorn 2018a) ließen sich in Deutschland sogar drei Ebenen vergleichen. Eine Gruppierung junger Menschen, die mit 16 je nach Bundesland auf Landes- und Kommunalebene oder nur auf kommunaler Ebene oder gar nicht wählen durften, würde einen einmaligen Einblick in mögliche Effekte einer Wahlaltersenkung im Aggregat ermöglichen. Eine Datenerhebung außerhalb unmittelbarer Wahlperioden ermöglicht eine Vergleichbarkeit über Bundesländer hinweg, sowohl was politische Beteiligungserfahrungen und -absichten als auch zivilgesellschaftliche Einstellungen angeht. Dazu müssten neue Daten erhoben werden, die eine entsprechende Stichprobenaufteilung ermöglichen.
- **Qualitative longitudinale Forschung:** Um zu ergründen, wie sich die Sichtweisen auf politische Beteiligung verändern und wie Maßnahmen in verschiedenen Kontexten von jungen Leuten wahrgenommen und verstanden werden, sollte qualitative Forschung mit einer Erstwähler:innenkohorte über einen möglichst langen Zeitraum (bis zu 5 Jahre, also einem vollen Wahlzyklus) durchgeführt werden.
- **Wirksamkeitsstudien durch Interventionsexperimente:** Sowohl in schulischen als auch in außerschulischen Kontexten sollten eine Reihe vielversprechender Interventionen in der Praxisanwendung systematisch vergleichend untersucht werden. Die Anwendung

verschiedener Interventionen innerhalb eines Gesamtumfelds (z. B. in verschiedenen Klassen einer Schule) oder an vergleichbaren Orten (z. B. in ähnlichen Jugendclubs oder Schulen) würden bisher fehlende Erkenntnisse bieten.

- **Untersuchung von Organisationen und Eliten:** Um die Reaktion von Entscheidungsträger:innen (wie Politiker:innen) vor allem in Parteien, aber auch die Zusammenarbeit von Jugendorganisationen besser zu verstehen, sollte qualitative Forschung mit diesen Gruppen stattfinden. Eliten- und Expert:inneninterviews können dabei neue Einblicke in die Herangehensweise der jeweiligen Organisationen präsentieren. Darüber hinaus können Analysen der sozialen Netzwerke verschiedener Organisationen Einblicke in deren Zusammenwirken geben.
- **International vergleichbare Studien:** Die Durchführung eines Forschungsvorhabens mit identischem methodischem Ansatz würde jeden der oben genannten Bereiche wirkungsvoll ergänzen. Vor allem in Ländern mit ähnlichen Konstellationen (z. B. Deutschland und das Vereinigte Königreich, die beide uneinheitliche Wahlalterverteilungen haben) könnten natürliche Experimentalansätze in Betracht gezogen werden.

6 Linksammlung

Kampagnenarbeit

Neuseeland: ‚Make it 16‘-Kampagne, die junge Menschen als Sprecher:innen etablierte: <https://www.makeit16.org.nz/>

Deutschland: Wahlalter Senken Berlin Kampagne: <https://www.wahlalterssenken.berlin/>

Scotland: Gemeinsame Einreichung von Scottish Youth Parliament, Young Scot und Youthlink Scotland zur Anhörung im schottischen Parlament: [https://archive2021.parliament.scot/S4_Bills/Scottish%20Elections%20\(Reduction%20of%20Voting%20Age\)%20Bill/SPPB216.pdf](https://archive2021.parliament.scot/S4_Bills/Scottish%20Elections%20(Reduction%20of%20Voting%20Age)%20Bill/SPPB216.pdf) (S. 187).

Großbritannien: Publikation „Civic Duty: The Conservative Case for Votes at 16 and 17“, die sich explizit an Vertreter:innen konservativer Parteien richtet: <https://www.electoral-reform.org.uk/latest-news-and-research/publications/civic-duty-the-conservative-case-for-votes-at-16-and-17/>

Materialsammlungen

USA: Kampagnenmaterialien bereitgestellt durch „Vote16USA“: <https://vote16usa.org/resources/>

Schottland: Lehrmaterialien für Schüler:innen der Sekundarstufe auf Basis der Forschung zur Beteiligung Jugendlicher am schottischen Unabhängigkeitsreferendum: <https://www.research.aqmen.ac.uk/2017/07/14/scottish-independence-referendum-2014-teaching-materials/>

Wissenschaftliche Forschung zugänglich machen

Blogbeitrag als Ergänzung zum Fachartikel zur Wahlaltersenkung in Schottland (Eichhorn 2018b): <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/votes-at-16-new-evidence-from-scotland/>

Open-Access-Fachartikel, die aktuelle Forschung frei zugänglich machen: Eichhorn & Bergh (2021): <https://academic.oup.com/pa/article/74/3/507/6321304?login=true> und Huebner (2021): <https://academic.oup.com/pa/article/74/3/563/6320902>

Sammlung „Academic Studies“ der Vote16USA-Kampagne: <https://vote16usa.org/resources/>

Bildungsmaßnahmen

Estland: Beratungen und Seminare des Jugendrats Estland: <https://enl.ee/en/services/>

Estland: Leitfaden zu politischen Diskussionen in Schulen: https://enl.ee/wp-content/uploads/2021/05/10.05.21_valimised_koolis_HTM_OK-1.docx.pdf.

Schottland: Aufklärungsvideos zum Thema Wahlrecht und politischen Debatten des Scottish Youth Parliaments: <https://www.youtube.com/watch?v=1NM9qeV4Vq0>;
<https://www.youtube.com/watch?v=YQ1AaNs8ieY>

Schottland: Bildungsprogramme des schottischen Parlaments: <https://archive2021.parliament.scot/visitandlearn/education.aspx>.

Norwegen: Informationen zur Curriculumsreform in Norwegen: <https://www.u-dir.no/lk20/overordnet-del/prinsipper-for-laring-utvikling-og-danning/tverrfaglige-temaer/demokrati-og-medborgerskap/?lang=eng>

Wales: Senedd – Power of your Vote: A Mock Election Debate: <https://senedd.wales/visit/education-and-youth-engagement/vote-16/power-of-your-vote-a-mock-election-event/>

Mobilisierungsmaßnahmen

USA: Mobilisierungskampagnen an Schulen und Colleges: <https://www.studentvoting.org/>

Schottland: Mobilisierungsvideos mit Stimmen junger Menschen und schottischen Comedians, produziert vom Scottish Youth Parliament und umfangreich in sozialen Medien genutzt: <https://www.youtube.com/watch?v=vdQkk3gQTLU>; <https://www.youtube.com/watch?v=TiVbGkMKPng>

Österreich: Word Up! Jugendparlamente: <https://www.jugendzentren.at/themen-projekte/word-up/>

Medienmaßnahmen und Peer-to-Peer-Kampagnen:

Norwegen: Tägliche Kolumne der Tageszeitung *Aftenposten*, in der junge Leute zu einem aktuellen Thema zu Wort kommen: <https://www.aftenposten.no/meninger/sid>

Schottland: BBC Scotland „Generation 2014“-Panel aus 16- und 17-Jährigen:
<https://www.bbc.co.uk/programmes/p01gf7rb> und ebenso „Generation 2015“:
<https://www.bbc.co.uk/news/uk-31854312>

Wales: #MakeYourMark21-Kampagne, die vor allem walisische Jugendliche ethnischer Minderheiten zum Wählen aufrief: <https://www.instagram.com/makeyourmark21/>

Wales: Projekt Democracy Box in Zusammenarbeit mit BBC Bitesize:
<https://www.bbc.co.uk/bitesize/topics/z4pr3j6/articles/z78ntrd>

Wales: Offener Brief zur Einführung des Wählens ab 16 von diversen Jugendorganisationen unter Leitung der Electoral Reform Society: <https://www.bbc.com/news/uk-wales-56148364>

USA: Meinungsbeitrag von Josh Douglas für CNN: <https://edition.cnn.com/2018/02/19/opinions/parkland-shooting-voting-age-opinion-douglas/index.html>

7 Literatur

- Abendschön, Simone, und Sigrid Roßteutscher (2016). "Wahlbeteiligung junger Erwachsener – Steigt die soziale und politische Ungleichheit?" *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit*. Hrsg. Sigrid Roßteutscher, Thorsten Faas und Ulrich Rosar. Wiesbaden. 67–91.
- Aichholzer, Julian, und Sylvia Kritzinger (2020). "Voting at 16 in Practice: A Review of the Austrian Case". *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. Hrsg. Jan Eichhorn und Johannes Bergh. London. 81–101.
- Bäckmann, Elisabeth, und Bernard Trafford (2007). *Democratic governance of schools*. Strasbourg: Council of Europe Publishing. (<https://rm.coe.int/democratic-governance-of-schools/16804915a4>)
- Bergh, Johannes (2013). "Does voting rights affect the political maturity of 16- and 17-year-olds? Findings from the 2011 Norwegian voting-age trial". *Electoral Studies* (32) 1. 90–100.
- Bhatti, Yosef, und Kasper M. Hansen (2012). "Leaving the Nest and the Social Act of Voting: Turnout among First-Time Voters". *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* (22) 4. 380–406.
- Bhatti, Yosef, Kasper M. Hansen und Hanna Wass (2012). "The relationship between age and turnout: A roller-coaster ride". *Electoral Studies* (31) 3. 588–593.
- Breeze, Maddie, Hugo Gorringer, Lynn Jamieson und Michael Rosie (2017). "Becoming independent: Political participation and youth transitions in the Scottish referendum". *The British Journal of Sociology* (68) 4. 754–774.
- Bronner, Laura, und David Ifkovits (2019). "Voting at 16: Intended and unintended consequences of Austria's electoral reform". *Electoral Studies* 61, 102064.
- Chan, Tak Wing, und Matthew Clayton (2006). "Should the Voting Age be Lowered to Sixteen? Normative and Empirical Considerations". *Political Studies* (54) 3. 533–558.
- Cowley, Philip, und David Denver (2004). "Votes at 16? The case against". *Representation* (41) 1, 57–62.
- Dassonneville, Ruth, Ellen Quintelier, Marc Hooghe und Ellen Claes (2012). "The Relation Between Civic Education and Political Attitudes and Behavior: A Two-Year Panel Study Among Belgian Late Adolescents". *Applied Developmental Science* (16) 3. 140–150.

Dege, Yonca, Jan Eichhorn, Sascha Nicke und Tobias Spöri (2021). *Wer kann mitmachen? Politische Beteiligung, Selbstidentifikation und Rassismuserfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichten in Deutschland*. Berlin.

Dinas, Elias (2012). "The Formation of Voting Habits". *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* (22) 4. 431–456.

Durmuşoğlu, Linet R., Sarah L. de Lange, Theresa Kuhn und Wouter van der Brug (2023). "The Intergenerational Transmission of Party Preferences in Multiparty Contexts: Examining Parental Socialization Processes in the Netherlands". *Political Psychology* (44) 3. 583–601.

Eichhorn, Jan (2018a). "Votes at 16: New insights from Scotland on enfranchisement". *Parliamentary Affairs* (71) 2. 365–391.

Eichhorn, Jan (2018b). "Mobilisation through early activation and school engagement – the story from Scotland". *Journal of Youth Studies* (21) 8. 1095–1110.

Eichhorn, Jan, und Johannes Bergh (2020). *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. London. (<https://doi.org/10.1007/978-3-030-32541-1>)

Eichhorn, Jan, und Johannes Bergh (2021). "Lowering the Voting Age to 16 in Practice: Processes and Outcomes Compared". *Parliamentary Affairs* (74) 3. 507–521.

Eichhorn, Jan, Lindsay Paterson, John MacInnes und Michael Rosie (2014). "Results from the 2014 survey on 14-17 year old persons living in Scotland on the Scottish independence referendum". *AQMeN Briefing Paper*.

Electoral Commission (2014). "Scottish independence referendum. Report on the referendum held on 18 September 2014 (ELC/2014/02)". *The Electoral Commission*.

Faas, Thorsten, und Arndt Leininger (2020). "Votes at 16 in Germany: Examining Subnational Variation". *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. Hrsg. Jan Eichhorn und Johannes Bergh. London. 143–166.

Filzmaier, Peter, und Cornelia Klepp (2009). "Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung". *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (38) 3. 341–355.

Franklin, Marc N. (2004). *Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945*. Cambridge.

- Franklin, Marc N. (2020). "Consequences of Lowering the Voting Age to 16: Lessons from Comparative Research". *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. Hrsg. Jan Eichhorn und Johannes Bergh. London. 13–42.
- Gifford, Christopher, Andrea Mycock und Junichi Murakami (2014). "Becoming citizens in late modernity: A global-national comparison of young people in Japan and the UK". *Citizenship Studies* (18) 1. 81–98.
- Hart, Daniel, and Robert Atkins (2011). "American Sixteen- and Seventeen-Year-Olds Are Ready to Vote". *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 633. 201–222.
- Head, George, Malcolm Hill, Andrew Lockyer und Craig MacDonald (2015). *Schools, Political Literacy and the 2014 Scottish Referendum*. Glasgow.
- Henn, Matt, Mark Weinstein und Sarah Hodgkinson (2007). "Social capital and political participation: Understanding the dynamics of young people's political disengagement in contemporary Britain". *Social Policy and Society* (6) 4. 467–479.
- Hoskins, Bryony, und Jan Germen Janmaat (2016). "Educational trajectories and inequalities of political engagement among adolescents in England". *Social Science Research* 56. 73–89.
- Hoskins, Bryony, Jan Germen Janmaat und Ernesto Villalba (2012). "Learning citizenship through social participation outside and inside school: An international, multilevel study of young people's learning of citizenship". *British Educational Research Journal* (38) 3. 419–446.
- Huebner, Christine (2021). "How Young People in Scotland Experience the Right to Vote at 16: Evidence on 'Votes-at-16' in Scotland from Qualitative Work with Young People". *Parliamentary Affairs* (74) 3. 563–580.
- Huebner, Christine, und Jan Eichhorn (2020). "Votes at 16 – Experiences from Scotland". *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. Hrsg. Jan Eichhorn und Johannes Bergh. London. 121–142.
- Jennings, M. Kent (2007). "Political socialization". *The Oxford handbook of political behaviour*. Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann. Oxford. 29–44.
- Johnson, C., & Marshall, B. (2004). Political engagement among young people: An update. *The Electoral Commission*.
- Levy, Brett L. M. (2013). "An empirical exploration of factors related to adolescents' political efficacy". *Educational Psychology*. (33) 3. 357–390.

- McDevitt, Michael, und Steven H. Chaffee (2002). "From top-down to trickle-up influence: Revisiting assumptions about the family in political socialization". *Political Communication*. (19) 3. 281–301.
- McDevitt, Michael, und Spiro Kiouisis (2006). "Experiments in political socialization: Kids Voting USA as a model for civic education reform". *CIRCLE Working Paper* 49.
- Milner, Henry (2020). "Political Knowledge, Civic Education and Voting at 16". *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. Hrsg. Jan Eichhorn und Johannes Bergh. London. 65–79.
- Mycock, Andrew, Thomas Loughran und Jonathan Tonge (2020). "Understanding the Policy Drivers and Effects of Voting Age Reform". *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. Hrsg. Jan Eichhorn und Johannes Bergh. London. 43–63.
- Mycock, Andrew, Thomas Loughran und Jonathan Tonge (2022). "The Lessons of 1969: Policy Learning, Policy Memory, and Voting Age Reform". *British Politics* (18) 2. 173–191.
- Prior, Markus (2010). "You've Either Got It or You Don't? The Stability of Political Interest over the Life Cycle". *The Journal of Politics* (72) 3. 747–766.
- Quintelier, Ellen (2015). "Intergenerational transmission of political participation intention". *Acta Politica* (50) 3. 279–296.
- Sander, Wolfgang (2009). "Kompetenzen in der Politischen Bildung – eine Zwischenbilanz". *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (38) 3. 293–307.
- Sanghera, Gurchathen, Katherine Botterill, Peter Hopkins und Rowena Arshad (2018). "'Living Rights', rights claims, performative citizenship and young people—the right to vote in the Scottish independence referendum". *Citizenship Studies* (22) 5. 540–555.
- Stiers, Dieter, Marc Hooghe und Ruth Dassonneville (2020). "Voting at 16: Does lowering the voting age lead to more political engagement? Evidence from a quasi-experiment in the city of Ghent (Belgium)". *Political Science Research and Methods* (9) 4. 849–856.
- The Electoral Commission (2004). *Age of electoral majority. Report and recommendations*. The Electoral Commission.
- Tonge, Jon, und Andrew Mycock (2010). "Citizenship and political engagement among young people: The workings and findings of the Youth Citizenship Commission". *Parliamentary Affairs* (63) 1. 182–200.

Toots, Anu, und Tõnu Idnurm (2020). "Modernizing Voting in a Post-transition Country: The Estonian Experience of Lowering the Voting Age". *Lowering the Voting Age to 16: Learning from Real Experiences Worldwide*. Hrsg. Jan Eichhorn und Johannes Bergh. London. 167–187.

Torney-Purta, Judith (2002). "The School's Role in Developing Civic Engagement: A Study of Adolescents in Twenty-Eight Countries". *Applied Developmental Science* (6) 4. 203–212.

Torney-Purta, Judith, und Susan Vermeer Lopez (2006). *Developing Citizenship Competencies from Kindergarten through Grade 12: A Background Paper for Policymakers and Educators*. Hrsg. Education Commission of the States.

Ulbig, Stacy G., und Tamara Waggener (2011). "Getting Registered and Getting to the Polls: The Impact of Voter Registration Strategy and Information Provision on Turnout of College Students". *PS: Political Science & Politics* (44) 3. 544–551.

Vehrkamp, Robert, Niklas Im Winkel und Laura Konzelmann (2015). *Wählen ab 16. Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung*. Gütersloh.

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman und Nancy Burns (2005). "Family ties: Understanding the intergenerational transmission of participation". *The Social Logic of Politics*. Hrsg. Alan S. Zuckerman. Philadelphia.

Wagner, Markus, David Johann und Sylvia Kritzingler (2012). "Voting at 16: Turnout and the quality of vote choice". *Electoral Studies* (31) 2. 372–383.

Weinberg, James (2021). Civic education as an antidote to inequalities in political participation? New evidence from English secondary education. *British Politics* 17. 185–209.

Zaff, Jonathan, Daniel Hart, Constance Flanagan, James Youniss und Peter Levine (2010). "Developing Civic Engagement within a Civic Context". *The Handbook of Life-Span Development (2nd ed)*. Hrsg. Michael E. Lamb und Alexandra M. Freund. Hoboken.

Zeglovits, Eva, und Martina Zandonella (2013). "Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: The case of Austria". *Journal of Youth Studies* (16) 8. 1084–1104.

8 Über die Autor:innen

Dr. Christine Hübner ist Partnerin bei d|part und lehrt und forscht an der Universität von Sheffield. Sie forscht zur politischen Beteiligung insbesondere junger Menschen, zum Wandel des demokratischen Engagements und zu Fragen der politischen Legitimität. Sie hat die Senkungen des Wahlalters in Schottland und Wales forschend begleitet und berät aktuell die schottische und die walisische Regierung auf Basis der Forschungsdaten.



Dr. Jan Eichhorn ist Forschungsdirektor bei d|part und Dozent an der Universität von Edinburgh. Mit dem Team von d|part forscht er daran, wie sich junge Menschen an Politik beteiligen wollen und wie die Menschen in verschiedenen europäischen Ländern auf die Politik schauen. Er hat die Erhebung repräsentativer Daten zur Wahlaltersenkung in Schottland geleitet und ist Co-Herausgeber eines Buches mit internationalen Vergleichen zum Thema.



d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank. In seiner Arbeit wird das Ziel verfolgt, mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise neue Erkenntnisse zu gewinnen, die aktiv in die Politik und in gesellschaftliche Debatten eingebracht sowie an verschiedene Zielgruppen herangetragen werden. Zu diesen zählen staatliche Institutionen, Politiker:innen und Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Medien, öffentliche Verwaltungen, aber insbesondere auch gesellschaftliche Gruppen, die sonst eher schwerer oder seltener von "der" Politik erreicht werden. d|part führt Forschungsprojekte durch, lehrt an Schulen und Universitäten und berät öffentliche Einrichtungen, Bürgerinitiativen und politische Organisationen in Workshops, Seminaren oder Projekten.

www.dpart.org
info@dpart.org
twitter: @d_part

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Sigrid Meinhold-Henschel
Senior Project Manager
Demokratie und Zusammenhalt
Telefon +49 5241 81-81252
s.meinhold-henschel@bertelsmann-stiftung.de

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/engagement-junger-menschen-fuer-demokratie>